Stadt Aarau

Protokoll des Einwohnerrates

9. Sitzung 2014

vom Montag, 8. Dezember 2014, 18.30 Uhr, im Grossratssaal

Vorsitzende

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin

Anwesend

48 Mitglieder des Einwohnerrates
7 Mitglieder des Stadtrates
Dr. Martin Gossweiler, Stadtschreiber
Daniel Fondado, Präsident der Schulpflege
Barbara Dumont, Mitglied der Schulpflege
Marius Stadtherr, Mitglied der Schulpflege
Emanuela Wertli, Mitglied der Schulpflege
Felix Fuchs, Stadtbaumeister
Marco Salvini, Projektleiter Stadtentwicklung

Protokoll

Stefan Berner, Vize-Stadtschreiber

Entschuldigt abwesend

Antonia Lüscher, Einwohnerrätin
Christian Oehler, Einwohnerrat

T r a k t a n d e n

		Seite
1.	Mitteilungen	337
2.	Inpflichtnahme von Michaela Eichenberger als neues Ratsmitglied (anstelle von Marc Bonorand)	338
3.	Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechts für 3.1 **Bilgili, Funda**, geb. 1985, türkische Staatsangehörige 3.2 **De la Torre Martinez, Maria**, geb. 1975, spanische Staatsangehörige, mit der Tochter **Grana de la Torre, Désirée**, spanische Staatsangehörige 3.3 **Demaj, Esad**, geb. 1974, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger, mit den Kindern **Demaj, Dren**, geb. 2004, und **Demaj, Djellon**, geb. 2006, beide kosovarische Staatsangehörige 3.4 **Demaj geb. Gashi, Shprese**, geb. 1975, kosovarische Staatsangehörige **(Antrag auf Ablehnung)** 3.5 **Meyer, Falko Dominik**, geb. 1968, mit Ehefrau **Albarski, Olivia Renate**, geb. 1968, mit den Kindern **Meyer, Mirella Jolanda**, geb. 2008, und **Meyer, Alessia Oriana**, geb. 2012, alle deutsche Staatsangehörige 3.6 **Palau Trujillo, Diana Lucia**, geb. 1987, ecuadorianische Staatsangehörige 3.7 **Sakthiyathasan, Brathushan**, geb. 1998, srilankischer Staatsangehöriger 3.8 **Sakthiyathasan, Birajanushan**, geb. 2000, srilankischer Staatsangehöriger 3.9 **Ünal, Kamil,** geb. 1970, und seine Ehefrau **Ünal geb. Özakin, Deniz**, geb. 1974, mit den Kindern **Ünal, Dilara**, geb. 2004, und **Ünal, Timur**, geb. 2006, alle türkische Staatsangehörige	339
4.	Ersatzwahl von zwei Mitgliedern der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode 2014/2017 (anstelle der zurückgetretenen Lukas Häusermann und Gabriela Suter)	341
5.	Anfragen	
	5.1 Barbara Urech, Peter Roschi, Thomas Richner, Michael Haueter: Vor dem Systemwechsel: Wie soll in Aarau die Sonderpädagogik in Zukunft unterrichtet werden?	343
	5.2 Rainer Lüscher: Freiheit und Sicherheit in Aarau?	347
	5.3 Ulrich Fischer: Einbürgerung durch den Stadtrat; Bericht	351
	5.4 Oliver Bachmann: Lohnerhöhung für das städtische Personal	352
6.	Künftige Schulorganisation der Stadt Aarau und der Gemeinde Buchs; Kredit für Ausarbeitung der Unterlagen der "Volksentscheide zum neuen Kreisschulverband Aarau-Buchs"	354

7. Anpassung der personellen Ressourcen für Hochbau-Projektleitungen 369

8. Kreditabrechnung Alterssiedlung Herosé, Zustandsanalyse und Machbarkeitsstudie 372

9. Kreditabrechnung Gemeinschaftszentrum Telli, Realisierung 373

Traktandum 1

83. Mitteilungen

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Ich begrüsse alle Anwesenden ganz herzlich zur 9. Einwohnerratssitzung der laufenden Legislatur und der letzten in diesem Jahr. Wir haben heute Gäste aus Buchs, nämlich den Kreisschulratspräsidenten Ueli Frey sowie einige Vertreterinnen und Vertreter des Einwohnerrates Buchs. Es ist klar, für welches Traktandum sie sich heute Abend interessieren werden. Wir werden spätestens um 21.30 Uhr im Naturama erwartet. Deshalb bitte ich um kurze, sachliche Voten, um eine speditive, kurze Sitzung abhalten zu können. Es ist auch relativ kalt hier im Saal. Deshalb sind wir sicher auch alle froh, wenn wir rasch zum warmen Apéro übergehen können. Zur Traktandenliste liegen keine Wortmeldungen vor.

Die **Präsidentin** gibt die Entschuldigungen bekannt.

Traktandum 2

84. Inpflichtnahme von Michaela Eichenberger als neues Ratsmitglied

Danièle Zatti Kuhn, Präsidenten: Am 13. November 2014 hat Einwohnerrat Marc Bonorand mitgeteilt, dass er per sofort aus dem Einwohnerrat Aarau zurücktritt. Per 1. Dezember 2014 hat er zusätzliche, operative Aufgaben in seinem Unternehmen übernommen. Deshalb hat er keine Zeit mehr, sich genügend seriös auf die Geschäfte des Einwohnerrates vorzubereiten. Er wünscht dem Einwohnerrat auch in Zukunft viele faire und interessante Diskussionen und weiterhin alles Gute. Da sein Rücktritt per sofort stattgefunden hat, können wir ihn heute auch nicht mehr persönlich verabschieden. Der obligate Brieföffner ist ihm bereits übergeben worden. Als Nachfolgerin von Marc Bonorand hat das Wahlbüro der Stadt Aarau **Michaela Eichenberger** mit Entscheid vom 30. November 2014 als gewählt erklärt. Sie hat die Wahl angenommen.

Die Vorsitzende verliest die Gelöbnisformel gemäss § 3 des Geschäftsreglementes.

Michaela Eichenberger leistet das Gelöbnis durch Nachsprechen der Worte: *"Ich gelobe es"*.

Das neue Mitglied des Einwohnerrates stellt sich danach mit eigenen Worten kurz vor.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Ich heisse Michaela Eichenberger herzlich im Einwohnerrat willkommen und wünsche ihr eine interessante Zeit.

Traktandum 3

85. Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechts

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Der Stadtrat unterbreitet dem Einwohnerrat folgende Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechts der Stadt Aarau:

- **Bilgili, Funda**, geb. 1985, türkische Staatsangehörige
- **De la Torre Martinez, Maria**, geb. 1975, spanische Staatsangehörige, mit der Tochter **Grana de la Torre, Désirée**, spanische Staatsangehörige
- **Demaj, Esad**, geb. 1974, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger, mit den Kindern **Demaj, Dren**, geb. 2004, und **Demaj, Djellon**, geb. 2006, beide kosovarische Staatsangehörige
- **Demaj geb. Gashi, Shprese**, geb. 1975, kosovarische Staatsangehörige **(Antrag auf Ablehnung)**
- **Meyer, Falko Dominik**, geb. 1968, mit Ehefrau **Albarski, Olivia Renate**, geb. 1968, mit den Kindern **Meyer, Mirella Jolanda**, geb. 2008, und **Meyer, Alessia Oriana**, geb. 2012, alle deutsche Staatsangehörige
- **Palau Trujillo, Diana Lucia**, geb. 1987, ecuadorianische Staatsangehörige
- **Sakthiyathasan, Brathushan**, geb. 1998, srilankischer Staatsangehöriger
- **Sakthiyathasan, Birajanushan**, geb. 2000, srilankischer Staatsangehöriger
- **Ünal, Kamil,** geb. 1970, und seine Ehefrau **Ünal geb. Özakin, Deniz**, geb. 1974, mit den Kindern **Ünal, Dilara**, geb. 2004, und **Ünal, Timur**, geb. 2006, alle türkische Staatsangehörige

Der Stadtrat empfiehlt, mit Ausnahme des Gesuches von Demaj geb. Gashi, Shprese, alle Gesuche gutzuheissen. Dieser Antrag stützt sich auf die Empfehlung der Einbürgerungskommission, welche die Gesuche geprüft hat. Die Gesuche konnten während der Aktenauflage eingesehen werden. Wird das Wort zu den Einbürgerungsgesuchen gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wünscht jemand eine geheime Abstimmung? Das ist auch nicht der Fall. Ich mache auf die **Ausstandsbestimmungen** gemäss § 25 des Gemeindegesetzes aufmerksam: Wenn bei einem Verhandlungsgegenstand jemand ein unmittelbares und persönliches Interesse hat, so haben er, sein Ehegatte, seine Eltern sowie die Kinder mit Ehegatten vor der Abstimmung das Versammlungslokal bzw. die Tribüne zu verlassen. Ich möchte die Gesuchstellenden bitten, vor der Abstimmung die Tribüne zu verlassen.

Abstimmung:

Die Resultate der offenen Abstimmung lauten wie folgt:

Zustimmung zu folgenden Gesuchen:

Gesuchstellerin / Gesuchsteller	Ja	Nein
Bilgili, Funda, geb. 1985, türkische Staatsangehörige	44	0
De la Torre Martinez, Maria, geb. 1975, spanische Staatsangehörige, mit der Tochter **Grana de la Torre, Désirée**, spanische Staatsangehörige	44	0
Demaj, Esad, geb. 1974, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger, mit den Kindern **Demaj, Dren**, geb. 2004, und **Demaj, Djellon**, geb. 2006, beide kosovarische Staatsangehörige	37	0
Meyer, Falko Dominik, geb. 1968, mit Ehefrau **Albarski, Olivia Renate**, geb. 1968, mit den Kindern **Meyer, Mirella Jolanda**, geb. 2008, und **Meyer, Alessia Oriana**, geb. 2012, alle deutsche Staatsangehörige	44	0
Palau Trujillo, Diana Lucia, geb. 1987, ecuadorianische Staatsangehörige	43	0
Sakthiyathasan, Brathushan, geb. 1998, srilankischer Staatsangehöriger	43	0
Sakthiyathasan, Birajanushan, geb. 2000, srilankischer Staatsangehöriger	43	0
Ünal, Kamil, geb. 1970, und seine Ehefrau **Ünal geb. Özakin, Deniz**, geb. 1974, mit den Kindern **Ünal, Dilara**, geb. 2004, und **Ünal, Timur**, geb. 2006, alle türkische Staatsangehörige	43	0

Den Gesuchstellenden wurde das Gemeindebürgerrecht **zugesichert**.

Ablehnung des folgenden Gesuches:

Gesuchstellerin	Ja	Nein
Demaj geb. Gashi, Shprese, geb. 1975, kosovarische Staatsangehörige	36	2

Eine Referendumsabstimmung über diesen Beschluss des Einwohnerrates ist gemäss § 24 Abs. 4 des Gesetzes über das Kantons- und das Gemeindebürgerrecht (KBüG) vom 12. März 2013 ausgeschlossen.

Traktandum 4

86. Ersatzwahl von zwei Mitgliedern der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode 2014/2017 (anstelle der zurückgetretenen Lukas Häusermann und Gabriela Suter)

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Wir wählen heute die Nachfolge von Gabriela Suter und Lukas Häusermann als Mitglieder der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode 2014/2017. Folgende Personen sind für die Ersatzwahl vorgeschlagen worden: Einwohnerrätin **Eva Schaffner Wicki** anstelle von Gabriela Suter sowie Einwohnerrätin **Barbara Schönberg von Arx** anstelle von Lukas Häusermann. Es liegen keine weiteren Wahlvorschläge vor.

Lukas Häusermann: Bitte erlauben Sie mir, Barbara Schönberg trotz des gedrängten Programms noch kurz vorzustellen: Barbara Schönberg ist seit über 20 Jahren als selbständige Unternehmerin in ihrer eigenen Arztpraxis tätig. In dieser Funktion kontrolliert und hinterfragt sie kritisch. Sie unterscheidet immer wieder Machbares von Wünschbarem, optimiert sowie entwickelt und realisiert Visionen. Nebenberuflich hat sie während 10 Jahren – und davon eine lange Zeit als Präsidentin – die Elternmitwirkung in Suhr aufgebaut und geleitet. All das sind Qualitäten, welche sie in der FGPK ebenfalls wird brauchen und einsetzen können. Sie ist aus unserer Sicht sehr geeignet für diese Funktion und sie freut sich auch auf diese Arbeit. Ich empfehle deshalb Barbara Schönberg zur Wahl.

Oliver Bachmann: Ich darf Ihnen Eva Schaffner als unsere Kandidatin für die FGPK vorstellen: Eva Schaffner ist zwar noch nicht sehr lange im Einwohnerrat, nämlich erst seit dem Jahre 2013, aber politisch kein unbeschriebenes Blatt. Zwischen 2010 und 2014 war sie als Vizepräsidentin der SP Aargau tätig. Im Jahr 2012 hat sie mit anderen zusammen den parteiübergreifenden Verein KAAZ gegründet: "Kein Atommüll im Ballungszentrum Aarau-Lenzburg-Zofingen". Beruflich war sie bis im Jahre 2009 für das Bildungsdepartement des Kantons Aargau tätig. Anschliessend arbeitete sie für die Bildungsdirektion des Kantons Basel-Landschaft. Seit Juli 2014 arbeitet sie für die Stiftung ch in Solothurn, der Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit. Diese Stiftung ist für die 26 Kantone zuständig und wird von ihnen getragen. Eva Schaffner leitet dort das Team Grundlagen im Bereich Sprachenaustausch und Sprachenmobilität. Wir danken Ihnen, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, schon im Voraus für die Unterstützung unserer Kandidatin.

Danièle Zatti Kuhn: Nachdem keine weiteren Wahlvorschläge gemacht werden, erfolgt die schriftliche Wahl.

<u>Wahlergebnis</u>

Ausgeteilte Wahlzettel		*47*
Eingelangte Wahlzettel		*47*
Ausser Betracht fallende Wahlzettel:	*- ganz leere*	*0*
	- ungültige	*0*
In Betracht fallende Wahlzettel		***47***

Anzahl der zu Wählenden	*2*
In Betracht fallende Wahlzettel x Anzahl der zu Wählenden = Total der möglichen Stimmen	*94*
Abzüglich vereinzelt leere Linien oder ungültige Stimmen	*5*
Gesamtzahl der gültigen Stimmen	***89***
Absolutes Mehr *(Gesamtzahl der gültigen Stimmen geteilt durch die Anzahl der zu Wählenden : 2, aufgerundet auf die nächste ganze Zahl)*	***23***
Stimmen haben erhalten:	
Barbara Schönberg von Arx	*44*
Eva Schaffner	*33*
Es sind gewählt:	
Barbara Schönberg von Arx	***44***
Eva Schaffner Wicki	***33***

87. Anfrage Barbara Urech, Peter Roschi, Thomas Richner, Michael Haueter: Vor dem Systemwechsel: Wie soll in Aarau die Sonderpädagogik in Zukunft unterrichtet werden?

Am 14. Oktober 2014 haben **Barbara Urech** (FDP), **Peter Roschi** (CVP), **Thomas Richner** (SVP) und **Michael Haueter** (GLP) eine schriftlich begründete Anfrage mit folgenden Fragen eingereicht:

1. *Wie beurteilt der Stadtrat die momentane Situation der Sonderpädagogik der Schule Aarau? Verfügt der Stadtrat über Daten, welche ihm erlauben, den Bildungserfolg seit dem Wechsel zu IS (2007) an den Aarauer Schulen zu beurteilen?*
2. *Verfügt der Stadtrat über Informationen, wie die betroffene Lehrerschaft die Entwicklung und heutige Situation mit IS an den Aarauer Schulen seit deren Einführung beurteilt?*
3. *Wird das Konzept gemäss den Richtlinien für IS umgesetzt oder werden einfach IS Lektionen freihändig auf "bedürftige" Schüler aufgeteilt?*
4. *Wie viele VM (verstärkte Massnahmen) Stunden beantragt die Schule Aarau? Wie viele IS Stunden beantragt die Schule Aarau? Wie viele UME Stunden werden für die IS Lektionen gebraucht?*
5. *Wie viele der in IS eingesetzten Lehrkräfte haben die erforderliche Ausbildung als SHP (Schulischer Heilpädagoge)? Wird sich dies mittelfristig ändern?*
6. *Wie belastend sind die bestehenden räumlichen Ressourcen für IS?*
7. *Die KSBR (Kreisschule Buchs-Rohr) ist mit dem System "Kleinklassen" sehr zufrieden. Wie beurteilt der Stadtrat die Reaktion der Betroffenen (Lehrer, Eltern, Schulbehörden) bei der Schule Aarau für die bevorstehende Fusion?*
8. *Wie beurteilt man die beiden Systeme bei der Zusammenführung der Schulen? Welches System wird eher bevorzugt – und warum?*

Franziska Graf, Stadträtin: Wir haben die Beantwortung dieser Anfrage so aufgeteilt, dass die Schulpflege die Fragen 1 bis 6 gleich selber beantworten wird und ich dann die Fragen 7 und 8.

Emanuela Wertli, Mitglied der Schulpflege: Ich bin in der Schulpflege Aarau zuständig für Qualität und Schulentwicklung. Somit fallen die Fragen von Barbara Urech und den Mitunterzeichnenden in mein Ressort, weshalb ich sie beantworten darf. Diese Fragen lagen in der Aktenauflage vor. Ich werde nun etwas ausholen und etwas mehr dazu sagen.

Frage 1: Vor 200 Jahren gingen alle Kinder in dieselbe Schule, wenn sie überhaupt zur Schule gegangen sind. Vor 150 Jahren begann man, die ersten Sonderschulen für Hör-, Seh-, Geistig- und Körperbehinderte einzurichten, und zwar in genau dieser Reihenfolge. Anfangs 20. Jahrhundert begann man mit Hilfsschulen. Das sind unsere heutigen Kleinklassen. Diese waren v.a. für Kinder mit schulischen Schwierigkeiten gedacht, aber auch schon für Kinder mit auffälligem Verhalten. Man war sehr glücklich über diese Lösung und sah es als grossen Fortschritt an. In den Fünfzigerjahren des letzten Jahrhunderts hat sich aber recht heftiger Widerstand gegen diese Ausgrenzung einzelner Kinder geregt, dies v.a. von Seiten der Eltern. Diese

haben ja sowieso ganz viel vorwärts gebracht in der Pädagogik. Die Eltern wehrten sich, dass ihre Kinder stigmatisiert und ausgegrenzt würden. So könnten sie nicht auf ein normales Leben in unserer Gesellschaft vorbereitet werden. Diese Widerstandsbewegung hat in den USA begonnen und ist auf Europa übergeschwappt. Viele Fachleute schlossen sich dem an. Man forderte Integration statt Separation. 1994 hat die UNESCO Weltkonferenz in Salamanca stattgefunden. Dort wurde eine Resolution verabschiedet, welche forderte, dass in den Schulen Kinder nicht mehr ausgegrenzt, sondern integriert werden. 91 Länder haben diese Resolution unterschrieben. Die Schweiz war auch dabei. Als nächsten Meilenstein wurden in der Schweiz im Jahre 2002 im Behindertengleichstellungsgesetz diese Grundsätze verankert. Und nun zum Kanton Aargau: Das Schulgesetzt schreibt vor, dass die Schulpflegen entscheiden, ob die heilpädagogische Förderung weiterhin in Kleinklassen erfolgen soll oder ob sie auf eine integrierte Heilpädagogik in den Regelklassen umsteigen wollen. Die Mehrheit der Gemeinden im Aargau hat sich für die Integration entschieden. Aktuell haben rund 90% der Primarschulen die Heilpädagogik in den Regelklassen integriert, 16 Primarschulen führen Kleinklassen. Bei den Real- und Sekundarschulen sind es 75% mit integrierter Heilpädagogik, ein Viertel hat nach wie vor die Kleinklassen. Die Schulpflege Aarau hat im Oktober 2007 den Grundsatzentscheid zur Einführung von IS gefällt. Dies wurde zum Teil schrittweise getan. Seit 2010 ist die volle Integration an der Primarschule sowie der Sekundar- und Realschule etabliert. Ich komme nun zum zweiten Teil der Frage 1, ob es in Aarau Daten zum Bildungserfolg der Kinder gäbe, welche durch diese integrative Heilpädagogik unterstützt werden: Hier muss ich sagen, dass es für Aarau keine speziellen Untersuchungen gibt. Wer sich hier beruflich etwas auskennt, der weiss, dass hier ganz viele Variablen berücksichtigt werden müssen. Wie schon erwähnt, wird Integration weltweit mehr oder weniger umgesetzt. So gibt es auch weltweite Forschungen, welche recht intensiv sind. Dies wird auch in der Schweiz getan. Die Fragestellungen sind, ob Integration wirksam ist, welche Bedingungen sie braucht, um wirksam zu sein und was sie dann tatsächlich nützt. Das sind breit angelegte Untersuchungen mit vielen Kindern und über einen langen Zeitraum. Die Ergebnisse, das kann man heute sagen, sind sich sehr ähnlich. Es gibt keine Widersprüche. Wie bei allen Studien handelt es sich um Durchschnittswerte und Abweichungen in Einzelfällen sind möglich. Es kann sein, dass einzelne von Ihnen mit solchen Abweichungen zu tun haben. Diese Abweichungen haben aber keinen Einfluss auf das Gesamtergebnis. Ich komme nun gerne zu den Ergebnissen: Die Lernfortschritte leistungsschwacher Kinder, welche integriert in Regelklassen unterrichtet werden, sind niemals kleiner, sondern mindestens gleich gross wie jene vergleichbarer Kinder in Kleinklassen und meistens grösser. Auch interessant ist, dass die Mitschülerinnen und Mitschüler der Regelklassen in ihren Lernfortschritten in den Fächern Mathematik und Sprache durch die Integration nicht benachteiligt werden. Das ist ja immer etwas die Angst der Eltern, dass ihre eigenen Kinder nicht genug lernen könnten, wenn solche Kinder mit Integration in der Klasse mit dabei sind. Dem ist also nicht so. Dies haben auch die Ergebnisse des Checks 3 in diesem Jahr gezeigt, in welchem der Kanton Aargau sehr gut abgeschnitten hat, und dies vor dem Hintergrund, dass 75% aller Schulen IS-Schulen sind.

Frage 2: Das BKS macht ja für alles genaue Vorgaben und hat auch eine Wegleitung herausgegeben. Diese umfasst 38 Seiten. Ich habe sie auch hier. Sie wird rege benutzt. In diesen Vorgaben des BKS steht, dass fünf Jahre nach Einführung der integrativen Schulung eine Evaluation durchgeführt werden muss. Das BKS schreibt einem die Evaluation nicht einfach nur vor, sondern sagt einem auch genau, wie man das durchführen sollte. Es gibt Anleitungen und Tools dazu. Gemäss Vorgaben des Departements BKS wurde Anfang 2014 eine datengestützte interne Evaluation der integrativen Schulung der Schule Aarau durchgeführt. Die Evaluation wurde ausgewertet, die Resultate dargestellt und allen Lehrerinnen und Lehrern kom-

muniziert. Es war eine interessante Standortbestimmung für unsere Schule Aarau. Daraus kann ich einige Sachen ausführen: Die Haltung zu IS ist bei einer grossen Mehrheit der Lehrerinnen und Lehrer positiv. Sie stehen also hinter der integrativen Schulung. Die Lehrpersonen wurden auch gefragt, wie sie selber ihren Unterricht einschätzen und ob sie denken, dass sie sich kompetent fühlen im Umgang mit den heterogenen Lerngruppen in ihren Klassen mit sehr selbständig lernenden Kindern und solchen, welche sehr viel Unterstützung brauchen. Die Lehrpersonen bejahten diese Frage, sie halten sich für kompetent. Gefragt wurde auch nach der Zusammenarbeit, welche bei der Integration sehr wichtig ist. Es geht dabei um die Zusammenarbeit zwischen Lehrperson und Schulischer Heilpädagogin, aber auch zwischen den Lehrpersonen untereinander. Auch diese schätzen die Lehrerinnen und Lehrer von Aarau positiv ein. Unzufrieden sind sie mit den vorhandenen Ressourcen. Sie hätten gerne mehr Ressourcen, das ist klar. Die Auswertungen sind über alle Schulhäuser hinweg gemacht worden, aber dann auch noch einzeln für jedes Schulhaus. Nun ist man daran, diese Ergebnisse genauer zu analysieren, Schlussfolgerungen zu ziehen, Massnahmen zu definieren und diese umzusetzen. Danach wird wieder evaluiert. So wird die Schule Aarau weiterentwickelt.

Frage 3: Das Konzept wird gemäss Richtlinien des Departements BKS des Kantons Aargau bzw. der 38 Seiten umfassenden Handreichung umgesetzt. Entscheide fallen nach den Vorgaben in dieser Handreichung. Für die integrative Schulung teilt das BKS einen Pool zu und bewilligt dementsprechend Pensen. Über die Lektionen pro Schuleinheit entscheiden die Schulleiter, allenfalls in Zusammenarbeit mit dem Inspektorat. Das Inspektorat überprüft auch die Richtigkeit der Zuteilung. Auch über verstärkte sonderpädagogische Massnahmen (VM), also die Einzellektionen, entscheidet das BKS auf Antrag der Schulpflege. Deren Anträge stützen sich auf Fachberichte des Schulpsychologischen Dienstes. Der SPD arbeitet nicht alleine, sondern mit den Lehrpersonen, den Eltern und den Schulischen Heilpädagogen zusammen. Es gibt ein standardisiertes Abklärungsverfahren auf der Basis einer internationalen Klassifikation. Einwohnerrat Hans Fügli ist ja ausgebildeter Heilpädagoge. Er kann Ihnen dann noch genauer erklären, was das genau ist, denn er arbeitet schon viele Jahre damit. Das Besondere an dieser Klassifikation ist, dass sie positiv gewendet ist. Man fragt also heute nicht mehr, was dem Kind alles fehle und was es alles nicht könne, sondern man schaut, was gut ist und was es kann. Daraus definiert man dann natürlich die Defizite. Man schaut aber nicht nur das Kind selber an, sondern auch das Umfeld, also z.B. die Familie und die Muttersprache. Man schaut auch die Klasse an, z.B. welche anderen Kinder in diese Klasse gehen, usw. Das kann ziemlich genau gepunktet werden. Dementsprechend werden dann die Massnahmen definiert. Man schaut den Ist-Zustand dieses Kindes im entsprechenden Umfeld an und definiert einen Soll-Zustand. Daraus ergibt sich eine Förderplanung. Diese ist für alle, welche mit diesem Kind zu tun haben, verbindlich. Dabei sollen möglichst auch die Eltern einbezogen werden. Die Förderplanung wird nach einer gewissen Zeit wieder angeschaut und angepasst.

Frage 4: Es sind 119 IS-Lektionen an der Primarschule und 24 an der Realschule, sowie 20 VM-Lektionen an der Primarschule und 6 an der Realschule.

Frage 5: Auch hier gibt es Vorgaben des BKS: entweder müssen diese Lehrpersonen die Ausbildung absolviert haben, also diplomierte Heilpädagogen sein, oder sie müssen Heilpädagogik an einer anerkannten Hochschule studieren. Das ist ein Teilzeitstudium, welches sogar verlangt, dass man bereits im Beruf steht. Das sind zweijährige Studien, welche dann mit einem Master abgeschlossen werden. Diese Vorgaben erfüllen alle an der IS tätigen Lehrpersonen der Schule Aarau.

Frage 6: Der Schulpflege Aarau sind keine Belastungen wegen fehlender räumlicher Ressourcen bekannt. Eine Rückkehr zum System "Kleinklassen" würde die kostenintensive Schaffung von zusätzlichem Klassenschulraum bedingen.

Franziska Graf, Stadträtin: So komme ich nun noch zur Beantwortung der Fragen 7 und 8:

Frage 7: Gemäss telefonischer Abklärung bei der Frau Urech bezieht sich diese Frage auf die Frage 5 des Mitwirkungsberichtes. Dem Bericht zum Ergebnis der Mitwirkung kann entnommen werden, dass 39% der am Mitwirkungsverfahren Teilnehmenden den Unterricht separativ in Kleinklassen bevorzugen würden. 32% wünschen, dass die Schülerinnen und Schüler integrativ sowie in Kleinklassen, also gemischt, unterrichtet werden. Aus den zahlreichen Bemerkungen ergibt sich der Wunsch, die Kleinklassen in jedem Fall, d.h. zumindest in einem Teil der neuen Kreisschule, wenn sie dann kommt, beizubehalten. Am Mitwirkungsverfahren haben aber nicht nur Aarauer Betroffene, sondern auch Buchser Einwohnerinnen und Einwohner sowie auswärts wohnhafte Lehrpersonen teilgenommen, weshalb der Stadtrat das Ergebnis der Mitwirkung nicht als Reaktion der Betroffenen bei der Schule Aarau interpretieren kann, sondern einfach der Teilnehmenden. Beide Systeme haben ihre Vor- und Nachteile. Für den Stadtrat ist es durchaus denkbar, dass beide Systeme der Sonderpädagogik in einer gemeinsamen Kreisschule geführt werden könnten. Der Stadtrat hat erkannt, dass die Frage, wie die Sonderpädagogik künftig unterrichtet werden soll, unterschiedlich beurteilt wird. Es erscheint ihm deshalb wichtig, bei den noch bevorstehenden Detailabklärungen diese Frage vertieft zu bearbeiten. Letztendlich liegt es aber in der Kompetenz der zukünftigen Schulorgane, die Art der Sonderpädagogik festzulegen.

Frage 8: Hier zitiere ich einen Auszug aus dem Bericht des Projektteams vom 4. November 2013: "Eine gemeinsame Kreisschule Aarau-Buchs würde aufgrund ihrer Grösse die Chance bieten, die Sonderpädagogik bedarfsgerecht, d.h. integrativ und separativ zu organisieren. Der Kanton Aargau erlaubt diese Lösung im gleichen Schulkreis. Die Fachleute der Stadt Aarau und der Kreisschule Buchs-Rohr sind der Auffassung, dass die integrierte Förderung als primäres Modell gelten soll; nur bei erhöhten Schwierigkeiten kann eine Zuweisung in eine Kleinklasse zweckmässig sein. Sie sind weiter der Auffassung, dass ein parallel geführtes System zur Konsequenz hat, dass die Fördermassnahmen pro Schulklasse insgesamt zurückgehen; dies deshalb, weil Kinder mit einer hohen Betreuungsintensität tendenziell eher in der Kleinklasse – statt in der normalen Schulklasse – gefördert würden; dies erleichtert den Unterricht in der normalen Klasse, was allen Schülerinnen und Schülern zu Gute kommt." Aufgrund der unterschiedlichen Beurteilung der Frage im Mitwirkungsverfahren, wie die Sonderpädagogik künftig unterrichtet werden soll, ist der Stadtrat der Meinung, dass eben genau dieser Punkt bei den bevorstehenden Detailabklärungen noch einmal vertieft geprüft werden sollte.

Die **Anfragesteller** sind von dieser Antwort befriedigt.

88. Anfrage Rainer Lüscher: Freiheit und Sicherheit in Aarau?

Am 17. Oktober 2014 hat Einwohnerrat **Rainer Lüscher** eine schriftlich begründete Anfrage mit folgenden Fragen eingereicht:

1. *Wie viele Taten in den Bereichen: Übergriffe auf Personen, Raub, Drogenhandel, Drogendelikte, Einbruchdiebstähle und Fahrzeugaufbrüche haben sich in den ersten drei Quartalen des laufenden Jahres 2014 in Aarau ereignet?*
2. *Wie hat sich die Anzahl der Delikte zu denen der Vorjahre verändert?*
3. *Gibt es Vergleiche mit andern Städten (z.B. Baden, Olten, Brugg, Lenzburg, Zofingen)?*
4. *Wie viele dieser "Ereignisse" wurden durch Asylbewerber, Ausländer oder Schweizer verübt?*
5. *Welche Aufträge hat die Stadtpolizei und was unternimmt sie für die Freiheit und für die Sicherheit der Aarauer Bevölkerung bezugnehmend auf die oben genannten Bereiche?*
6. *Wie arbeiten Stadtpolizei und Kantonspolizei zur Verhinderung von Gewalttaten zusammen?*
7. *Sind auf Grund der verübten Delikte, Zonen, Plätze oder Gebiete in der Stadt Aarau oder in der Umgebung als neuralgisch zu bezeichnen (Hotspots)?*
8. *Wie beurteilt der Stadtrat die Lage?*
9. *Sieht der Stadtrat Verbesserungsmöglichkeiten im eigenen Verantwortungsbereich und wenn ja, welche?*

Regina Jäggi, Stadträtin: Ich komme zur Beantwortung dieser Anfrage. Zuerst etwas Grundsätzliches: Der Stadtrat bedauert es, dass auf dem Gebiet der Stadt Aarau ein derartiges Delikt geschehen ist und er erwartet, dass die Täterschaft von den Strafbehörden dementsprechend zur Rechenschaft gezogen wird. Aarau ist jedoch eine durchaus friedliche Stadt mit geringer Kriminalität und man kann in der Regel getrost alleine unterwegs sein. Wenn man jedoch von der Kriminalität dann selbst betroffen ist, kann sich dieses Gefühl natürlich im Einzelfall ändern. Kriminalität kann jedoch nie vollständig eliminiert werden. Da, wo Menschen zusammenkommen, wird es sie immer geben. Dies ist in jeder Gesellschaft so und somit auch in Aarau. Die Fragen 1 bis 4 mussten zur Beantwortung der Kantonspolizei Aargau vorgelegt werden. Deshalb ging es auch etwas länger mit der Beantwortung dieser Anfrage. Die Fragen 1 bis 3 und die dazu gehörenden Antworten sind zusammengefasst worden. Wir haben Ihnen allen die Tabellen und Statistiken zukommen lassen, denn die Fragen konnten explizit so, wie sie gestellt worden waren, nicht beantwortet werden. Anhand der Tabellen und Statistiken können die Antworten selber am besten herausgelesen werden. Es wäre sehr schwierig gewesen, das Ganze zu erklären. Die Kantonspolizei hat zudem zu ihrer Rückmeldung noch folgende Bemerkung angebracht: "Die in der Tabelle unter "Total Minderschwere Gewalt" aufgeführten Delikte (z.B. Einfache Körperverletzung, Tätlichkeiten, Beteiligung Angriff etc.) sind von der Anzahl her in der Region Aarau höher als in anderen Regionen. Dies ist vor allem auf Ereignisse im Zusammenhang mit den Fussballspielen des FC Aarau zurückzuführen." Das noch zur Erklärung. Somit beantworte ich die Fragen weiter ab der Frage 5:

Frage 5: Die Stadtpolizei Aarau gewährt zusammen mit der Kantonspolizei Aargau den Schutz der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit. Sie ist für die Bevölkerung das ganze

Jahr hindurch, rund um die Uhr, während 24 Stunden erreichbar und permanent im Patrouillendienst im Einsatz. Die Stadtpolizei reagiert auf Hilferufe, ist Ansprechpartner in den Bereichen der lokalen Sicherheit, der Überwachung sowie Kontrolle des Strassenverkehrs und sorgt für den Schutz von Personen, Sachen und Umwelt. Die Stadtpolizei stützt sich bei der Aufgabenerledigung auf die rechtlichen Vorgaben des Polizeigesetzes und des Polizeidekrets.

6. Frage: Das Polizeigesetz und das Polizeidekret geben die Zuständigkeit und damit die Verantwortung in den einzelnen Aufgaben vor. Dort, wo Schnittstellen bestehen, finden entsprechende Absprachen statt. Fakt ist, dass Stadt- und Kantonspolizei rund um die Uhr präventive Patrouillen im Einsatz haben. Gezielt in Aarau und in den Vertragsgemeinden ist primär die Stadtpolizei zur Patrouillentätigkeit im Bereich der lokalen Sicherheit verpflichtet, während die Kantonspolizei das ganze Kantonsgebiet betreut und hierbei ebenfalls in Aarau tätig ist. Beide Polizeiorganisationen sind somit präsent und decken mit einer kleineren oder grösseren Anzahl von Patrouillen das geografische Gebiet ab und bewirtschaften ihre Aufgaben in der Regel selbständig. Stadt- wie Kantonspolizei sind zu einem grossen Teil Reaktions- (ca. 80%) und zu einem kleineren Teil Aktionspolizei (ca. 20%). Aufgrund der personellen Mittel bei beiden Polizeiorganisationen ist ein anderes Vorgehen gar nicht möglich, um die anfallenden Aufgaben erledigen zu können und die allgegenwärtige Präsenz ist nicht möglich. Wichtig erscheint unter diesen Umständen, dass da, wo von vornherein nicht jedes Delikt verhindert werden kann, zumindest die rasche Reaktionszeit bei Meldungseingang gewährt wird. Dies ist ganz klar der Fall und wer Hilfe braucht, wird nicht nur in Aarau, sondern im ganzen Kanton Aargau in über 80% aller Fälle innert 15 Minuten bedient. Auch im vorliegenden Fall ergab ja dann auch diese Präsenz und die rasche Reaktion die Verhaftung des Täters innert weniger Minuten. So muss es sein und so ist es auch.

7. Frage: Der Stadtpolizei sind alleine in ihrem regionalen Zuständigkeitsgebiet über 50 sogenannte, mehr oder weniger bedeutende Hotspots bekannt, welche zeitweise erhöhten Kontrollaufwand auslösen oder einen dauernden Einsatz verlangen. Dabei geht es an vielen Orten weniger um sicherheitspolizeiliche Probleme mit Gewaltdelikten, sondern in erster Linie um ordnungspolizeiliche Probleme, wo die Ruhe (Lärm) und Ordnung (Littering, Vandalismus) gelegentlich von vereinzelten Personen (über-)strapaziert werden. Die Stadtpolizei ist sich dieser Problematik seit langem bewusst und sie wird auch in Zukunft die Hotspots regelmässig kontrollieren. Unter anderem befindet sich zum Beispiel täglich mehrere Male eine Patrouille der Stadtpolizei auf dem Gebiet des Bahnhofs Aarau und sie wird hierbei in den Nächten von Freitag auf Samstag und Samstag auf Sonntag zudem von der Securitas unterstützt.

8. Frage: Der Stadtrat schätzt die polizeiliche Sicherheit in Aarau und in den Vertragsgemeinden als hoch ein. Die ständige polizeiliche Präsenz zeigt Wirkung und ist lagegerecht. Dass damit einzelne auch schwere Delikte nicht in jedem Fall verhindert werden können, erscheint logisch. Das Polizeisystem in der ganzen Schweiz und nicht nur in Aarau, garantiert zwar nicht die Verhinderung von einzelnen Gewaltdelikten, doch führt es zumindest dazu, dass darauf zeitnah reagiert und die Täterschaft in vielen Fällen auch angehalten und der Untersuchungsbehörde zugeführt werden kann. Zudem ergab die letzte Bevölkerungsumfrage des Kantons Aargau in diesem Bereich (Bericht Evaluation duales Polizeisystem des Kantons Aargau vom 23. Oktober 2012) das Ergebnis, dass sich rund 96% der Bevölkerung im Kanton Aargau und auch in Aarau sicher bis sehr sicher und nur weniger wie 4% eher unsicher fühlen. Das Ergebnis dieser Umfrage bestätigt, dass auch in Aarau die Sicherheit sehr hoch ist und daran hat sich bis heute nichts geändert.

9. Frage: Der Stadtrat ist der Ansicht, dass die polizeiliche Grundversorgung in Aarau und in den Vertragsgemeinden gut ist und er sieht zurzeit keine notwendigen Verbesserungsmöglichkeiten.

Abgegebene Tabellen und Statistiken zu den Fragen 1 bis 4:

1. Frage:
Wie viele Taten in den Bereichen: Übergriffe auf Personen, Raub, Drogenhandel, Drogendelikte, Einbruchdiebstähle und Fahrzeugaufbrüche haben sich in den ersten drei Quartalen des laufenden Jahres 2014 in Aarau ereignet?

2. Frage:
Wie hat sich die Anzahl der Delikte zu denen der Vorjahre verändert?

3. Frage:
Gibt es Vergleiche mit andern Städten (z.B. Baden, Olten, Brugg, Lenzburg, Zofingen)?

Auswertungsdatum: **Ausgangsdatum**
Zeitperiode: **Quartal 1 - Quartal 3 Jahr 2013**
Geographische Einheit: **Aarau, Baden, Brugg, Lenzburg, Zofingen**
Zähleinheit: **Straftaten**

Anzahl Straftaten (N) und Häufigkeitszahlen (HZ)

Gewaltstraftaten	Aarau		Baden		Brugg		Lenzburg		Zofingen	
	N	HZ	N	HZ	N	HZ	N	HZ	N	HZ
Total schwere Gewalt (angewandt)	5	0.2	1	0.1	3	0.3	3	0.3	4	0.4
Tötungsdelikt (Art. 111 - 116)	0	0.0	0	0.0	1	0.1	0	0.0	0	0.0
Schwere Körperverletzung (Art. 122)	3	0.1	1	0.1	1	0.1	3	0.3	4	0.4
Geiselnahme (Art. 185)	0	0.0	0	0.0	0	0.0	0	0.0	0	0.0
Vergewaltigung (Art. 190)	2	0.1	0	0.0	1	0.1	0	0.0	0	0.0
Raub (Art. 140 ch. 4)	0	0.0	0	0.0	0	0.0	0	0.0	0	0.0
Total Minderschwere Gewalt (angewandt ev. angedroht)	94	4.7	73	3.9	29	2.7	28	3.2	23	2.1
Einfache Körperverletzung (Art. 123)	32	1.6	13	0.7	4	0.4	6	0.7	6	0.6
Tätlichkeiten (Art. 126)	21	1.0	35	1.9	12	1.1	14	1.6	13	1.2
Beteiligung Raufhandel (Art. 133)	4	0.2	0	0.0	0	0.0	0	0.0	0	0.0
Beteiligung Angriff(Art. 134)	7	0.3	5	0.3	3	0.3	2	0.2	0	0.0
Raub (Art. 140)	8	0.4	3	0.2	2	0.2	0	0.0	0	0.0
Nötigung (Art. 181)	6	0.3	4	0.2	3	0.3	0	0.0	3	0.3
Zwangsheirat (Art. 181a)	0	0.0	0	0.0	0	0.0	0	0.0	0	0.0
Freiheitsberaubung und Entführung (Art. 183)	0	0.0	1	0.1	0	0.0	1	0.1	0	0.0
Freiheitsb/Entf. schwerer Fall (Art. 184)	0	0.0	0	0.0	0	0.0	0	0.0	0	0.0
Sexuelle Nötigung (Art. 189)	2	0.1	0	0.0	0	0.0	0	0.0	0	0.0
Drohung und Gewalt gegen Beamte (Art. 285)	14	0.7	12	0.6	5	0.5	5	0.6	1	0.1
Erpressung (Art. 156 Ziff. 3)	0	0.0	0	0.0	0	0.0	0	0.0	0	0.0
Total Minderschwere Gewalt (angedroht)	23	1.1	11	0.6	6	0.6	11	1.3	13	1.2
Total Gewaltstraftaten	122	6.1	85	4.6	38	3.6	42	4.9	40	3.7

Diebstahl	Aarau		Baden		Brugg		Lenzburg		Zofingen	
	N	HZ	N	HZ	N	HZ	N	HZ	N	HZ
Einbruchdiebstahl	82	4.1	51	2.8	36	3.4	53	6.1	50	4.6
Fahrzeugeinbruchdiebstahl	62	3.1	9	0.5	6	0.6	5	0.6	10	0.9

BetmG	Aarau		Baden		Brugg		Lenzburg		Zofingen	
	N	HZ	N	HZ	N	HZ	N	HZ	N	HZ
Total Besitz/Sicherstellung	253	12.6	190	10.3	66	6.2	59	6.8	35	3.2
Total Konsum	277	13.8	205	11.1	78	7.4	64	7.4	42	3.9
Total Anbau/Herstellung	5	0.2	2	0.1	1	0.1	0	0.0	0	0.0
Total Handel	30	1.5	19	1.0	6	0.6	4	0.5	0	0.0
Total Schmuggel	7	0.3	2	0.1	1	0.1	0	0.0	0	0.0
Total Widerhandlungen gegen das BetmG	572	28.5	418	22.6	152	14.3	127	14.7	77	7.1

Anmerkung: Am 01.10.2013 ist die Änderung des BetmG in Kraft getreten. Der Konsum des Betäubungsmittels des Wirkungstyps Cannabis durch Erwachsene kann nun mit einer Ordnungsbusse bestraft werden, wenn die Menge des Mittels zehn Gramm nicht übersteigen. Die Anzahl Ordnungsbussen ist in der obenstehenden Tabelle nicht ersichtlich. Diese umfasst nur die Anzeigen.

Anmerkung:
HZ = Häufigkeitszahl = ((Anzahl Straftaten*1000)/ Bevölkerungszahl). Der Wert entspricht der Zahl der Straftaten bezogen auf 1000 Einwohner/innen. Die Berechnung beruht auf den Zahlen der ständigen Wohnbevölkerung am Ende des Vorjahres. Die ständige Wohnbevölkerung beinhaltet in dieser Berechnung alle schweizerischen Staatsangehörigen mit einem Hauptwohnsitz in der Schweiz; ausländische Staatsangehörige mit einer Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung für mindestens zwölf Monate (Ausweis B oder C oder EDA-Ausweis [internationale Funktionäre, Diplomaten und deren Familienangehörige]); ausländische Staatsangehörige mit einer Kurzaufenthaltsbewilligung (Ausweis L) für eine kumulierte Aufenthaltsdauer von mindestens zwölf Monaten; Personen im Asylprozess (Ausweis F oder N) mit einer Gesamtaufenthaltsdauer von mindestens zwölf Monaten.

Quellen: BFS- Polizeikriminalstatistik (PKS), Statistik der Bevölkerung und der Haushalte (STAPOP)

4. Frage:
Wie viele dieser «Ereignisse» wurden durch Asylbewerber, Ausländer oder Schweizer verübt?

Auswertungsdatum: **Ausgangsdatum**
Zeitperiode: **Quartal 1 - Quartal 3 Jahr 2013**
Geographische Einheit: **Aarau, Baden, Brugg, Lenzburg, Zofingen**
Zähleinheit: **Beschuldigte unique**

Beschuldigte: Staatszugehörigkeit nach den Gesetzen StGB und BetmG (CH/Ausländer nach Aufenthaltsstatus)
Anzahl Beschuldigte (N) und prozentualer Anteil (%)

	StGB								BetmG							
	Schweizer		Auländer, ständige Wohn-bevölkerung		Ausländer, Asylbereich		Ausländer, übrige		Schweizer		Auländer, ständige Wohn-bevölkerung		Ausländer, Asylbereich		Ausländer, übrige	
	N	%	N	%	N	%	N	%	N	%	N	%	N	%	N	%
Aarau	167	36.3	107	23.3	95	20.7	91	19.8	181	65.8	56	20.4	24	8.7	14	5.1
Baden	136	48.7	80	28.7	23	8.2	40	14.3	134	67.7	56	28.3	3	1.5	5	2.5
Brugg	81	45.3	62	34.6	18	10.1	18	10.1	60	70.6	19	22.4	5	5.9	1	1.2
Lenzburg	64	53.3	43	35.8	9	7.5	4	3.3	39	59.1	16	24.2	6	9.1	5	7.6
Zofingen	99	51.6	66	34.4	9	4.7	18	9.4	32	71.1	11	24.4	2	4.4	0	0

Anmerkung:
Ausländer, ständige Wohnbevölkerung: Aufenthaltsstatus B, C, I
Ausländer, Asylbereich: Aufenthaltsstatus F, N, S
Ausländer, übrige: Aufenthaltsstatus NE, AS, G, L, R, Y, Z, M, unbekannt
Anders als bei der Statistik der Bevölkerung und der Haushalte (STAPOP) werden in der PKS Personen mit Aufenthaltsstatus L, F und N , deren Aufenthalt in der Schweiz länger als 12 Monate dauert, nicht zur ständigen Wohnbevölkerung gezählt.

Quelle: BFS- Polizeikriminalstatistik (PKS)

Der **Anfragesteller** ist von dieser Antwort befriedigt.

89. Anfrage Ulrich Fischer: Einbürgerung durch den Stadtrat: Bericht

Am 8. Dezember 2014 hat Einwohnerrat **Ulrich Fischer** eine schriftlich begründete Anfrage mit folgender Frage eingereicht:

Anlässlich der Diskussion des oben genannten Geschäftes im Einwohnerrat am 10.11.2014 wurde von Pro Aarau vorgeschlagen, dass vom Stadtrat ein jährlicher Kurz-Bericht über die Einbürgerungen erstellt wird. Ziel dieses Berichtes soll es sein, die Legislative über die Einbürgerungsverfahren eines Jahres zu informieren. Dazu sollen folgende Angaben aufgeführt werden: Zahl der Einbürgerungsgesuche, Anzahl der negativen/positiven Vorprüfungen, Anzahl der Empfehlungen zum Rückzug des Gesuches, positive/negative Einbürgerungsempfehlungen, Anzahl der Aufnahmen ins Bürgerrecht auf Gemeindestufe. Möchte der Stadtrat diese Anregung umsetzen?

Regina Jäggi, Stadträtin: Ich kann das eigentlich ganz kurz beantworten: Ja, der Stadtrat wird diese Anregung umsetzen. Sie werden sie im Jahresbericht im nächsten Jahr lesen können. Dort wird es veröffentlicht, da wir sowieso eine Pflicht gegenüber dem Kanton haben, eine solche Liste zu erstellen.

Der **Anfragesteller** ist von dieser Antwort befriedigt.

Traktandum 5

90. Mündliche Anfrage Oliver Bachmann: Lohnerhöhung für das städtische Personal

---

Oliver Bachmann: Im vergangenen Oktober hat der Einwohnerrat über das Budget debattiert. Dabei stand auch ein Antrag zur Debatte, den Lohn nicht wie vom Stadtrat vorgeschlagen um maximal 1%, sondern nur um maximal 0,5% zu erhöhen. Eine Mehrheit des Einwohnerrates wollte diese Kürzung nicht, u.a. deshalb, weil damit das Leistungslohnsystem nicht adäquat aufrechterhalten werden kann und weil für die finanzielle Situation der Stadt Aarau nicht das Personal, sondern die Politik verantwortlich ist. Jetzt hat der Stadtrat beschlossen, per 2015 den Lohn um nur 0,25% zu erhöhen. Er geht damit sogar noch unter den Kürzungsantrag, welcher damals gestellt worden ist. Dieses Vorgehen ist mehr als fragwürdig. Hierbei geht es nicht um Rechts oder Links und nicht darum, ob man dafür oder dagegen gewesen ist. Es geht darum, ob der Stadtrat den Einwohnerrat überhaupt ernst nimmt. Vom Stadtrat hören wir immer wieder, dass er das Verhältnis zum Einwohnerrat verbessern möchte. Solche Entscheidungen säen Zweifel, ob eine solche Absicht überhaupt besteht. Dazu meine Fragen:

1. *Hört der Stadtrat dem Einwohnerrat bei der Budgetdebatte eigentlich zu und nimmt er das, was gesagt und abgestimmt wird, überhaupt ernst?*
2. *Wenn ja, wie kommt der Stadtrat zum merkwürdigen Entscheid, den Lohn per 2015 um nur 0,25% zu erhöhen, nachdem der Einwohnerrat eine Senkung von 1% auf 0,5% abgelehnt hat? Uns ist klar, dass ein solcher Entscheid rechtlich möglich ist, politisch ist er allerdings äusserst fraglich.*
3. *Ist sich der Stadtrat bewusst, dass ihm der Einwohnerrat die Kompetenz zur definitiven Festlegung einer Lohnerhöhung mit einer einfachen Reglementsänderung entziehen kann?*
4. *Ist der Stadtrat bereit, an der nächsten Sitzung, unter Erwägung der Budgetdiskussion im Einwohnerrat, nochmals auf den Entscheid zurückzukommen?*

Vielen Dank im Voraus für die Beantwortung.

Jolanda Urech, Stadtpräsidentin: Ich mache zu dieser Anfrage gerne ein paar einleitende Bemerkungen. Vor allem möchte ich noch einmal auf den Meccano zurückkommen, welcher eigentlich im Zusammenhang mit den Lohnerhöhungen spielt. Der Stadtrat budgetiert jeweils im Frühling die Lohnerhöhung. Er ist dann aber der Meinung, dass er diese im November, wenn alle massgebenden Indikatoren vorliegen, noch einmal überprüft. In der Budgetdebatte war tatsächlich diskutiert worden, wie hoch diese Summe sein sollte. Ich habe dort bei der Argumentation ausgeführt, dass man den Entscheid dem Stadtrat überlassen solle, wie das eigentlich in den letzten Jahren, seit wir das Lohnsystem haben, immer erfolgt ist. Der Stadtrat sollte die Lohnerhöhung definitiv festlegen können. Ich habe ebenfalls ausgeführt, dass der Einwohnerrat erst zweimal, nämlich in den Jahren 2009 und 2011, hier eingegriffen und etwas anderes, als der Stadtrat wollte, beschlossen hat. Deshalb war der Stadtrat der Meinung, und so durfte ich auch im Namen des Stadtrates argumentieren, dass der Einwohnerrat an der Budgetdebatte dieser Logik gefolgt ist und es eigentlich mit diesem Beschluss dem Stadtrat überlassen hat, innerhalb des budgetierten Rahmens selber zu entscheiden, was er Ende November bei der Festlegung der Lohnerhöhungssumme als verantwortbar ansieht. Das hat der

Stadtrat dann auch getan. Man kann hier schon sagen, dass er insbesondere aus Spargründen und auch wegen der Teuerung, welche bei praktisch 0% lag, eine bescheidene, individuelle Lohnerhöhung von diesen erwähnten 0,25% beschlossen hat. Als Zeichen der Wertschätzung wollte der Stadtrat aber dennoch keine Nullprozenterhöhung, sondern eine ganz minimale. Das ist eben dieser Meccano, welcher bis jetzt immer gespielt hat. Als zweiter Punkt ist zu sagen, dass es dem Stadtrat sehr wichtig ist, dass die Stadt eine attraktive Arbeitgeberin ist, welche auch Wertschätzung gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ausdrücken kann. Die Stadt will konkurrenzfähig bleiben und möchte, dass gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei uns bleiben oder sogar neue kommen, weil die Stadt eine attraktive Arbeitgeberin ist. Dazu gehört eben die Beurteilung eines ganzen Paketes. Da spielen die Lohnerhöhungen eine Rolle, was ganz richtig bemerkt worden ist. Vielleicht gehört aber auch dazu, ob wir marktkonforme Löhne haben, welche Anstellungsbedingungen vorliegen, welche Lohnnebenleistungen vorhanden sind, wie das Arbeitsklima bei der Stadt ist usw. Es gibt ganz viele verschiedene Faktoren. Der Stadtrat beurteilt das in diesem Sinne als Ganzes. Er hat jetzt beispielsweise auch gesehen, dass strukturelle Lohnerhöhungen anstehen und hat diese auch in diesem Herbst vorgenommen bei Personen, welche nicht mehr in marktkonformen Bereichen waren. Das hat der Stadtrat auch aus dem Grunde getan, um attraktiv zu bleiben. Im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements, über welches ich auch schon einmal berichtet habe, hat der Stadtrat hingehört, was die Leute eigentlich beschäftigt. Da sind auch einige Hinweise gekommen und der Stadtrat ist daran, gewisse Leistungen zu verbessern, um konkurrenzfähig und wertschätzend zu bleiben. Ich komme nun zu den einzelnen Fragen:

Frage 1: Da kann ich einfach Ja dazu sagen.

Frage 2: Diese Frage habe ich jetzt eben einleitend erläutert.

Frage 3: Sehr wahrscheinlich spricht Herr Bachmann das Personalreglement an. Für das Personalreglement ist tatsächlich schlussendlich der Einwohnerrat zuständig. Er hat die Kompetenz, darin festzulegen, was ihm wichtig ist.

Frage 4: Aus den vorher angestellten Überlegungen heraus muss ich sagen, dass der Stadtrat keinen Grund sieht, auf diesen Entscheid zurückzukommen. Mit diesen Antworten auf die mündliche Anfrage habe ich die Antworten auf eine schriftliche Anfrage eines Personalverbandes bereits vorweggenommen. Der Personalverband wird diesbezüglich in den nächsten Tagen eine entsprechende schriftliche Antwort erhalten.

Der **Anfragesteller** ist von dieser Antwort befriedigt.

91. Künftige Schulorganisation der Stadt Aarau und der Gemeinde Buchs; Kredit für Ausarbeitung der Unterlagen der "Volksentscheide zum neuen Kreisschulverband Aarau-Buchs"

Mit Botschaft vom 27. Oktober 2014 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft den folgenden:

Antrag: *Für die Ausarbeitung der Unterlagen der "Volksentscheide zum neuen Kreisschulverband Aarau-Buchs" (Schaffung eines Gemeindeverbandes Kreisschule Aarau-Buchs (inkl. Satzungen), Auflösung des Gemeindeverbandes Kreisschule Buchs-Rohr und Änderung der Gemeindeordnungen) sei ein Kredit von 200'000 Franken zu bewilligen.*

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Bei diesem Geschäft liegen ein **Abänderungsantrag** von Barbara Urech sowie ein **Ergänzungsantrag** von Markus Hutmacher vor.

Abänderungsantrag Barbara Urech, FDP:
Für die Ausarbeitung der Unterlagen der "Volksentscheide zum neuen Kreisschulverband Aarau-Buchs" (Schaffung eines Gemeindeverbandes Kreisschule Aarau-Buchs (inkl. Satzungen), Auflösung des Gemeindeverbandes Kreisschule Buchs-Rohr und Änderung der Gemeindeordnungen) sei ein Kredit von ***max. 100'000*** *Franken zu bewilligen.*

Ergänzungsantrag Markus Hutmacher, Grüne:
Der Erarbeitungsprozess soll durch ein breit abgestütztes Gremium begleitet werden. Dies soll die Anliegen der direkt Betroffenen einbringen. Namentlich sollen Vertreter der Schulpflege, der Schulleitung und des Einwohnerrates beider Gemeinden vertreten sein. Die Teilnahme liegt aber in der Kompetenz der zuständigen Organe der Gemeinde Buchs.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Die FGPK hat dieses Geschäft an ihrer Sitzung vom 25. November 2014 beraten und empfiehlt dem Einwohnerrat einstimmig, das Geschäft gutzuheissen.

Markus Hutmacher, Präsident FGPK: Die FGPK hat sich am 25. November mit diesem Geschäft beschäftigt. Als Auskunftsperson ist uns Stadträtin Franziska Graf zur Verfügung gestanden. Grundsätzlich geht es bei diesem Geschäft um eine Schulangelegenheit, aber es geht eben nicht nur um die Schule. Es ist sozusagen die letzte grosse Pendenz aus der Fusion von Rohr und Aarau. Die Schulfrage wurde damals bewusst ausgeklammert. Die heute noch bestehende Kreisschule wurde als Übergangslösung definiert und ist entsprechend so auch vom Kanton bewilligt worden. Trotzdem führt die jetzt bestehende Lösung zu politisch nicht akzeptierbaren Zuständen. Wir haben heute in Aarau in Schulfragen zweierlei Bürger. Das Angebot und die Mitsprachemöglichkeiten sind davon abhängig, in welchem Stadtteil man wohnt. Weiter hat der Stadtrat vom Einwohnerrat den Auftrag erhalten, sich vermehrt um die Zusammenarbeit in der Region zu kümmern. Das vorliegende Projekt ist in diesem Zusammenhang das am weitesten fortgeschrittene Geschäft. Einführend zum eigentlichen Geschäft hielt Franziska Graf fest, dass es nicht um die Frage geht, ob man eine Verbands- oder Ver-

tragslösung wolle, sondern ob ein Schulverband mit Buchs gegründet werden solle oder nicht. Bei der Bildung einer gemeinsamen Kreisschule geht es in erster Linie um organisatorische, und nicht um pädagogische Fragen. Es geht nicht darum, wie die einzelne Lehrkraft Unterricht erteilt. Aber auch mit dem gemeinsamen Dach einer Kreisschule sollen in Zukunft die Schulhäuser ihre bestehenden eigenen Kulturen weiter leben können. Mit dem beantragten Kredit sollen Detailfragen geklärt werden. Zwar bestehen bereits viele gute Grundlagen, im Verlaufe der Zeit sind aber immer wieder neue Aspekte dazu gekommen. Auch das Ergebnis des Mitwirkungsverfahrens soll noch verarbeitet werden. Mit dem vorliegenden Geschäft will der Stadtrat nichts präjudizieren. Wenn sich beim Vorliegen der Satzungen das Volk oder der Einwohnerrat gegen die Verbandslösung entscheidet, werden zwei verschiedene Gemeindeschulen entstehen. Diese Schulen werden auch auf Vertragsbasis zusammenarbeiten können. Wie diese Zusammenarbeit dann erfolgen würde, müsste neu verhandelt und entschieden werden. Die Grundlagen für die ausgewiesenen Einsparungen bei den Investitionen sind schon älter. In der Zwischenzeit ist aber klar geworden, dass noch weitere Investitionen notwendig sein werden. Mit dem vorliegenden Kredit sollen genau solche Fragen im Detail geklärt werden. Die ausgewiesenen Beträge muss man so oder so mit Vorsicht geniessen, weil man die langfristige, künftige Entwicklung von Gemeinden nicht vollständig im Griff hat. Bei der gemeinsamen Lösung kann der vorhandene Schulraum besser genutzt werden. Bei einer Auflösung der Kreisschule Buchs-Rohr wird sich die Frage stellen, ob für die Schüler aus dem Stadtteil Rohr zusätzlicher Schulraum durch die Stadt Aarau geschaffen werden muss. Bis jetzt ist geplant, dass die Liegenschaften im Eigentum der Gemeinden verbleiben werden. Die zukünftigen Betriebskosten sollen voraussichtlich mittels einer Mischvariante aus einem Beitrag pro Schulkind und aufgrund der Einwohnerzahl finanziert werden. Aber auch diese Frage soll mit dem vorliegenden Kredit präziser geklärt werden. Die Schülerinnen und Schüler der anderen Gemeinden (Erlinsbach, Küttigen und Biberstein) werden auch künftig ein Schulgeld bezahlen müssen bzw. wird das die entsprechende Gemeinde tun müssen. Für die anstehenden Arbeiten soll auf den bisherigen Resultaten aufgebaut werden. Es ist aber noch nicht bekannt, wer diesen Auftrag, welchen wir jetzt bewilligen sollten, erhalten wird. Der Auftrag wird ausgeschrieben. Die Höhe des vorliegenden Kreditbetrages wurde durch das bisherige Beratungsbüro geschätzt. Die bestehende Arbeitsgruppe ist sich bewusst, dass der vorgesehene Terminplan ehrgeizig, allenfalls sogar so nicht realisierbar ist. Ein Zeitdruck ist aber nicht vorhanden und man wird prüfen, ob dieser Plan eingehalten werden kann. Die Qualität ist am Schluss wichtiger, und Schule vor Ort wird so oder so erteilt. Mit der neuen, grossen Kreisschule geht es nicht nur darum, dass Schüler des Stadtteils Rohr nach Buchs zur Schule gehen. Es geht auch darum, dass aus anderen Quartieren der Stadt Schüler nach Buchs oder Schüler aus Buchs nach Aarau zur Schule gehen werden. Aber es gab schon bisher in der Schule Aarau keine Garantie, dass die Kinder eines Quartiers immer ins gleiche Schulhaus zur Schule gehen können. Es wird aber sicher so sein, dass die Schüler immer in vernünftiger Distanz zum Wohnort einem Schulhaus zugeteilt werden. In Bezug auf die Weiterführung der verschiedenen Konzepte der Sonderpädagogik ist man darauf angewiesen, dass der Kanton die beiden unterschiedlichen Systeme an der gleichen Schule weiterhin zulässt. Heute ist es möglich, beide Systeme zu nutzen. Das zur Anwendung kommende System wird die Schulpflege bestimmen. Aus der Mitte der Kommission wurde erwähnt, dass man schon etwas Mühe damit habe, dass sich die Schulpflege derart klar gegen eine gemeinsame Kreisschule ausspreche und man wollte die Argumente wissen. Die Schulpflege ist der Ansicht, dass nur ein Koordinationsbedarf auf der Oberstufe besteht und auf eine Verbandslösung verzichtet werden soll. Diese Situation der unterschiedlichen Meinung von Schulpflege und Stadtrat wurde von der Kommission als nicht ideal betrachtet. Man befürchtet, dass so keine Mehrheit für die Kreisschullösung gefunden werden kann. Die Kommission stellte fest, dass die Hauptbeden-

ken der Betroffenen vermutlich dahin gehen, dass, nachdem die Schule nun nach jahrelangen Problemen wieder gut läuft, man bereits wieder Änderungen vornehmen will. Aus der Kommission wurde der folgende Zusatzantrag zum Antrag des Stadtrates gestellt:

Für den Fall, dass eine Instanz (Einwohnerrat, Volk) die Verbandslösung ablehnt, sei eine durchdachte Alternative auszuarbeiten. Insbesondere sei für diesen Fall die Vertragsvariante, mit dem Einverständnis von Buchs, vorzubereiten.

In der nachfolgenden Diskussion wurde in der Kommission festgestellt, dass der Antrag so keinen Sinn mache, weil bei einer Ablehnung der Verbandslösung so oder so eine andere Lösung gesucht werden müsse. Weiter wurde es auch als eher unwahrscheinlich angesehen, dass Buchs jetzt schon einer Vertragslösung zustimmen würde. In der folgenden Abstimmung wurde der Zusatzantrag mit 8:2 Stimmen abgelehnt. In der Schlussdiskussion war man sich grundsätzlich einig, dass die bestehende Situation keine Option ist. Entsprechend wurden die detaillierten Abklärungen begrüsst. Die Differenz zwischen der Schulpflege und dem Stadtrat wurden als ungünstig wahrgenommen. Auch hier war sich die Kommission einig, dass man unbedingt versuchen sollte, dass die Schulpflege hinter der am Schluss vorgeschlagenen Lösung steht. Ein gewisses Verständnis wird der Haltung der Schulpflege entgegengebracht, weshalb nun eine saubere Auslegeordnung wichtig ist. Die künftige Arbeitsgruppe soll breit abgestützt sein. Die Kommission stimmte in der Schlussabstimmung dem stadträtlichen Antrag einstimmig zu.

Danièle Zatti Kuhn: Somit kommen wir zu den Begründungen zum Abänderungs- bzw. Ergänzungsantrag.

Barbara Urech: Der Stadtrat stellt uns einen Kreditantrag von 200'000 Franken, um die Ausarbeitung der schon bestehenden Unterlagen zu einer Kreisschule inklusive Satzungen fertig zu stellen. Seit 4 Jahren beschäftigen sich schon verschiedene Fachgruppen und Behördenmitglieder intensiv mit diesem Projekt. Alle Unterlagen der Firma PuMaConsult sind zur Ansicht offen. Viel Zeit und Engagement wurden investiert. Der Grundsatzentscheid der Exekutiven Buchs und Aarau wurde gefällt, den Schulraum Aarau und Buchs künftig gemeinsam zu planen. Dieser Entscheid beruht wieder auf einer aktenkundigen Auslegeordnung, welche bis heute erarbeitet worden ist. Mit Hinblick auf das Thema "Zukunftsraum Aarau" wäre diese Kreisschule der bedeutende Schritt. Wir müssen diese politischen Entscheide im vollen Bewusstsein fällen und im Wissen darum, dass wir die Interessen der regionalen Entwicklung und Zusammenarbeit, nämlich den Zukunftsraum Aarau, stärken können. Ich möchte da auch eher vom Bildungsraum sprechen. Nun geht es um die letzte Etappe. Fragen wie Informatikberatung, Liegenschaften/Immobilien und Satzungen müssen noch detaillierter erarbeitet werden. PuMaConsult hat aufwendige und inhaltlich sehr gute Vorarbeit geleistet. Die Grundlagen sind da und diese müssen nun wirtschaftlich, politisch und juristisch gebündelt werden. Die Satzungen und der Botschaftsprozess Richtung Volksabstimmung sind die letzten Schritte dazu. Ich habe persönlich mit der Firma PuMaConsult gesprochen. Auch diese bestätigten mir klar, dass die Grundlagen im Detail schon da sind. Der Stadtrat kann die Arbeiten erst fortsetzen, wenn die Schulpflege und die Schulleitungen ihre Anliegen und Ängste formulieren konnten. Ganz wichtig ist es, dass nun die Betroffenen in der nächsten Umsetzung miteinbezogen werden. Wenn es uns nicht gelingt, die Schulpflege und die Schulleitung mit ins Boot zu nehmen, wird es schwierig sein, eine Volksabstimmung zu gewinnen. Zum jetzigen Zeitpunkt auf Konfrontation zu gehen, ist von beiden Seiten äussert kontraproduktiv und sogar inakzeptabel. Für die FDP-Fraktion ist der Kredit aber zu hoch. Wir beantragen einen Kredit

von 100'000 Franken, damit dieses Projekt nicht weiter auf dem Papier verlangsamt wird. PuMaConsult muss zwingend an diesem Projekt weiterarbeiten, damit wir von allem Vorwissen profitieren können. Einige Fachgruppen haben schon Berichte über Schulangebot und Schulqualität erarbeitet. Die zweite Fachgruppe "Politische Einflussnahme" hat auch einen sehr brauchbaren Bericht erstellt. Die Fachgruppe 4 hat sich über die bestehenden Behördenorganisationen, die bestehenden personalrechtlichen Situationen, über die Situation bei den Schul- und Verwaltungsräumen und sogar über die rechtlichen Rahmenbedingungen auf mehreren Seiten geäussert. Es braucht noch viel an Überzeugungsarbeit, aber das kann nicht Aufgabe der PuMaConsult oder vieler externer Personen sein. Wir hoffen sehr, dass wir auch hier auf unsere Juristen bei der Stadt Aarau zählen dürfen. Im Bericht der Fachgruppe 3 vom 25. März 2013, was also schon bald zwei Jahre her ist, kann man klar herauslesen, wie die politische Einflussnahme gestärkt werden kann und v.a. auch muss. In der AZ vom letzten Donnerstag kann man einen spannenden Bericht von Renate Gautschi lesen. Das Projekt "Wynental, Schaffung einer Kreisschule" ist positiv ausgewertet worden und geht nun bei neun Gemeinden in die zweite Vernehmlassungsphase. Die budgetierten Kosten aller neun Gemeinden belaufen sich auf 77'300 Franken. Mit diesem Betrag werden fünf Gruppen ihre Projektaufgaben wahrnehmen. Mit dem Kredit werden die Bestimmung der Führungsorgane und deren Kompetenzen und Verantwortlichkeiten, die Vereinheitlichung der Administrations- und Schulverwaltungsprozesse und die pädagogischen Inhalte und Strategien festgelegt. Wie kann es sein, dass man im Wynental mit neun Gemeinden zusammen über einen Kredit von rund 77'000 Franken verfügt und Aarau für den Schlussspurt und die Schlussarbeit das 2,5fache braucht? Uns ist es wichtig, dass dieses laufende, vierjährige Projekt im Hinblick auf den Zukunftsraum Aarau zum Ziel kommen kann. Das IT-Konzept, die Satzungen sowie die Frage gewisser Liegenschaften können mit diesem Kredit gedeckt werden. Der Rest ist schon vollumgänglich in allen Unterlagen über vier Jahre hin erarbeitet worden.

Markus Hutmacher: Ich kann es nach dem Votum der Vorrednerin kurz machen, denn uns geht es eigentlich um dasselbe: Wir möchten wirklich, dass die Behörden und Betroffenen zusammensitzen und eine Lösung suchen, hinter welcher am Schluss alle stehen können. Wir denken, dass es wichtig ist, miteinander zu sprechen und die Betroffenen in den Prozess miteinzubeziehen. Wir verstehen den heutigen Entscheid auch als Prozess. Das heisst für uns nicht, dass wir bei einer Zustimmung heute auch am Schluss um jeden Preis zu den Satzungen Ja sagen werden. Aber wir denken, dass es wichtig ist, das Projekt kooperativ zu erarbeiten. Für uns ist auch ein wichtiger Ansatz, dass man sich am Bestehenden, also an der Kreisschule Buchs-Rohr, welche von uns aus gesehen gut funktioniert, orientiert. Das, was gut ist, soll mitgenommen werden und was verbessert werden kann, soll man verbessern. Im Gegensatz zu dem, was wir bis jetzt gehört haben, ist für uns das nicht pädagogische Personal, also Schulsozialarbeiter, das Sekretariat oder die Hauswarte, zwingend in der Kreisschule anzusiedeln. Bezüglich Immobilien haben wir uns gefragt, ob die Problematik eigentlich nicht ähnlich sei wie bei den Altersheimen, über welche wir vor einem Monat diskutiert haben. Dort stellen wir genau dieselben Fragen. Wir haben das Gefühl, dass man bei den Altersheimen zu einem anderen Schluss kommt. Uns würde es interessieren, ob man einen Vergleich gesehen und eine Zweitmeinung zu diesem Problem bekommen hat. Wir fänden es sehr spannend, das noch einmal ganz neu anzuschauen. Für uns ist entscheidend, dass die Ängste der Schulleitung und der Schulpflege grundsätzlich verstanden werden. Deshalb haben wir auch den Zusatzantrag gestellt. Wir verstehen ihn als vertrauensbildend. Wir sind überzeugt, dass man bei einer guten Aufarbeitung die meisten Behördenmitglieder hinter diesem Antrag bzw. Ziel haben wird.

Gabriela Suter: Die SP Aarau hat sich bereits vor einem knappen Jahr anlässlich der Vernehmlassung zur Schulorganisation geäussert. Die SP hat damals schon die Verbandslösung begrüsst. Sie will eine neue, grosse Kreisschule Aarau-Buchs. Deshalb wird die SP-Fraktion natürlich auch diesem Geschäft zustimmen. Bevor ich Ihnen detailliert die Gründe für die Zustimmung der SP-Fraktion zum Geschäft liefere, möchte ich einige Bemerkungen zum Flyer, welchen wir letzte Wochen von Schulpflege und Schulleitung erhalten haben, anfügen: Die SP-Fraktion ist äusserst irritiert über die E-Mail und den verschickten Flyer, welche eigentlich massiv Stimmung gegen die Vorlage des Stadtrats machen. Im Flyer sind Tatsachen teilweise verdreht worden und er macht falsche Darstellungen. Aus unserer Sicht taucht da Angstmacherei auf und es wird gezielte Stimmungsmache gegen die Vorlage gemacht. Wir finden, dass das eigentlich nicht geht. Im Flyer wird beschrieben, welche Probleme es gäbe, wenn die alten Satzungen, also die alten Regelungen der bestehenden Kreisschule 1:1 auf die neue grosse Kreisschule übertragen würden. Zu der Grundannahme, diese Satzungen würden 1:1 übertragen, kann man nur den Kopf schütteln. Das kann ja nicht sein. Wir haben vorhin auch gehört, dass es einen Bericht der PuMaConsult gibt. Ich hoffe, dass wir den hoffentlich alle gelesen haben. Dort steht ja z.B. in Bezug auf die Liegenschaften ausdrücklich, dass man genau diese Liegenschaften den Gemeinden zurückgeben will und sie im Besitz der Gemeinden bleiben. Das steht im Gegenteil zu dem, was die Schulpflege und Schulleitung hier mit diesem Flyer im Prinzip impliziert. Da wird eine Umkehrung gemacht. Wir können nicht verstehen, weshalb das nicht einbezogen worden ist und quasi suggeriert wird, dass die Liegenschaften im Zelgli, wo der Boden so teuer sei, verloren gehen würden. Und übrigens gehört der Boden, auf welchem diese Liegenschaften stehen, auch heute den jeweiligen Gemeinden. Nur die Liegenschaften, welche auf diesem Boden stehen, gehören der Kreisschule. Soviel zu dieser Falschdarstellung. Beim zweiten Punkt geht es um die Schulzuteilung: Die armen Gönhardkinder, von welchen ich selber auch zwei habe, könnten allenfalls der Primarschule Buchs zugeteilt werden. So wird das ungefähr dargestellt. Dazu Folgendes: Wir haben heute die sinnvolle Regelung, dass die Kinder wenn möglich im eigenen Quartier in den Kindergarten bzw. in die Primarschule gehen. In der Oberstufe sind sie ja dann so mobil, dass das überhaupt keine Rolle mehr spielt. Bereits heute teilt die Aarauer Schulpflege, und das weiss sie ja selber besser als wir, je nach Schülerzahlen Kinder, welche nahe an der Grenze zu einem anderen Quartier wohnen, "quartierfremd" ein. Dabei schaut sie natürlich darauf, dass der Schulweg zumutbar ist. Die Kinder müssen nicht 5 km laufen in der Primarschule. Die SP-Fraktion vertraut der Schulpflege, dass sie das auch in Zukunft richtig machen wird und der Spielraum so gehandhabt wird, dass die Schulwege vernünftig sind. Wir finden es übrigens schade, dass wir es verpasst haben, Schulanlagen im Torfeld Süd zu planen. Das würde in diesem Sinne auch eine Erleichterung darstellen. Als dritte Horrorvision sagt die Schulpflege, es müssten ständig Volksabstimmungen zu den Kreisschulgeschäften abgehalten werden, was hohen Administrativaufwand mit sich bringen würde. Auch hier argumentiert die Schulpflege mit den Satzungen, die im Moment gelten. Es ist aber wohl allen klar, dass in den Satzungen der neuen Kreisschule die Budgetkompetenz des Kreisschulrats unbedingt erhöht werden muss, damit gerade das eben nicht passiert und alle Vierteljahre wieder abgestimmt werden muss. Schliesslich zu den Auswirkungen der Verbandslösung auf Maienzug und Bachfischet: Es ist schon lange Zeit, das einmal genau anzuschauen. Und dabei geht ganz der dritte Brauchtum vergessen, nämlich das Jugendfest in Aarau Rohr. Die Kinder aus Aarau Rohr feiern ja bereits heute zuerst Jugendfest, und kurz darauf nehmen sie am Maienzug teil. Vielleicht ist das für einige doppelte Freude, für andere aber eine Doppelbelastung, v.a. für die Lehrpersonen. Hier wäre ein Überdenken sehr wahrscheinlich wirklich einmal angebracht. Die SP schätzt die Aarauer Traditionen sehr und nimmt aktiv daran teil. Aber dass man auf eine effiziente, grosse Kreisschule verzichten soll, einfach wegen der Länge der Umzüge, das

scheint uns dann doch ein etwas zu konservatives Denken zu sein. Man schafft ja die Bräuche nicht ab, wenn man sie ab und zu den Realitäten anpasst. Ich kenne einige Oberstufenschülerinnen und -schüler, welche gerne auf das Mitmarschieren am Aarauer Maienzug verzichten würden – Sie vielleicht ja auch. Soviel zum Flyer der Schulpflege und der Schulleitung. Nun komme ich zu den Argumenten, weshalb wir diese Vorlage unterstützen: Für uns hat erste Priorität, dass alle Aarauer Kinder dieselben Rechte haben. Im Moment ist das nicht der Fall. Mit einer Vertragslösung ist es schwierig, eine Verbandslösung würde das aber einfach ermöglichen. Es ist ein Fusionsversprechen, das wir einlösen. Seit 2010 sind wir ein grosses Aarauer Gebiet. Dieses Fusionsversprechen ist aber immer noch offen und wir sind froh, dass es jetzt endlich angegangen wird. Hoffentlich steht es bald auf der Zielgeraden. Wir haben natürlich auch von den Ängsten der Schulleitung und der Lehrpersonen vernommen. Wir haben ein gewisses Verständnis dafür. Die Schule Aarau hatte es in den letzten Jahren nicht einfach. Es gab wenig Konstanz auf der Führungsebene. Die Wechsel in der Schulpflege und in der Schulleitung führten zu vielen Problemen, wie sie dann mit roten Ampeln deutlich zu erkennen waren. Heute hat sich die Situation beruhigt. Wir haben keine roten Ampeln mehr erhalten. Es ist gut nachvollziehbar, dass nun die Angst besteht, bei einem erneuten Wechsel in der Schulorganisation könnten wieder neue Probleme entstehen. Wir können natürlich nicht ausschliessen, dass Probleme entstehen könnten. Aber sich etwas Sinnvollem, Neuem zu verwehren, weil es eventuell Probleme geben könnte, scheint uns auch nicht die geeignete Lösung zu sein. Auch beim alten System können Probleme auftauchen, das haben wir ja zur Genüge gemerkt. Wir bitten deshalb die Schulpflege, die Schulleitung und die Lehrpersonen, an einem Strick zu ziehen, in das Begleitgremium einzutreten und die Schule entsprechend vorwärts zu bringen. Die positiven Aspekte der neuen Schulorganisation sind: Stabilität im Schulbetrieb; Arbeitssicherheit für die Lehrpersonen in Bezug auf ihre Pensen; grösserer Gestaltungsspielraum in Bezug auf den Schulraum; finanzielle Aspekte, welche positiv sein könnten für Aarau in Bezug auf Investitionen; mehr Wahlmöglichkeiten für die Schülerinnen und Schüler; die Möglichkeit von integrierter Heilpädagogik und Kleinklassen, was je nach Bedürfnissen zu individuell besseren Lösungen führt; mehr Gewicht für die Politik gegenüber dem Kanton, denn wir wären damit die grösste Schule im Aargau sowie die politische Einflussnahme über den Kreisschulrat auf die Schulpflege. Die Schulpflege, die Exekutive, erhielte noch eine Legislative. Ich komme nun zum Ergänzungsantrag der Grünen: Die SP-Fraktion würde ihn unterstützen. Es ist uns ein Anliegen, dass man alle Mitglieder ins Boot holt und diese konstruktiv an einem Strick ziehen und mitarbeiten, den Auftrag des Einwohnerrates umzusetzen. Zum Antrag der FDP: Es ist schwierig zu beurteilen, ob das Beispiel von Barbara Urech 1:1 auf unsere Situation übertragbar ist. Wir hoffen und glauben, dass der Stadtrat die Kosten richtig abgeschätzt hat und gut und sauber mit diesem Kredit umgehen wird. Der Kredit muss ja auch nicht ganz ausgeschöpft werden. Aus diesem Grunde lehnen wir den Antrag der FDP ab. Wir denken, dass Experten je nachdem höhere Tagespauschalen als die im Änderungsantrag genannten 500 Franken haben.

Lukas Häusermann: Die Ausgangslage ist eigentlich noch klar: Die heutige Situation ist unhaltbar. Alle Aarauer Kinder sollen in die gleiche Schule gehen. Doch wie soll diese Schule aussehen? Die CVP-Fraktion ist sich in der Frage uneinig, ob dem stadträtlichen Antrag zuzustimmen sei oder nicht. Auf der einen Seite stehen die Interessen einer gestärkten kommunalen Zusammenarbeit und die Möglichkeit, den Spielraum für die zukünftigen Herausforderungen im Schulbereich über die Gemeindegrenzen mit der Bildung einer Kreisschule Buchs-Aarau hinweg auszudehnen. Auf der anderen Seite stehen die Befürchtungen, die Stabilität der Schule Aarau durch die Unruhe, welche eine solche Veränderung mit sich bringt, auf das Spiel zu setzen. Nun geht es ja erst in Anführungszeichen um den Kredit zur Detailplanung

der Kreisschule. Aber das Referat meiner Vorrednerin hat gezeigt, dass gewisse Personen bereits im Abstimmungsmodus stehen. Es ist jedoch klar, dass man bei einer Zustimmung zum Kredit auch prinzipiell die Verbandslösung einer rein vertraglichen Zusammenarbeit grundsätzlich vorzieht. Und genau dies tut zumindest die Mehrheit der CVP-Fraktion. Wir sehen in der Verbandslösung mehr Chancen als Risiken. Wir sind überzeugt, dass mit einer engen Zusammenarbeit mit Buchs die Schule besser organisiert werden kann. Wir wollen nicht bei der ersten Gelegenheit, die sich zu einer konkreten Zusammenarbeit bietet, einen Rückzieher machen, sondern von den letztlich guten Erfahrungen, welche der Stadtteil Rohr mit der Kreisschule gemacht hat, profitieren. Natürlich sehen auch wir, dass es für die erfolgreiche Umsetzung förderlich wäre, die Unterstützung der Schulpflege und der Schulleitungen zu haben. Es ist jedoch aus meiner Sicht etwas fraglich, ob sich diese mit einer Begleitgruppe zufrieden geben werden, da sie sich schon sehr dezidiert mit dem Verschicken dieses Flyers gegen die Verbandslösung ausgesprochen haben. Wir zweifeln deshalb etwas an der Wirksamkeit und v.a. der Durchsetzbarkeit dieses Antrages. Der Einwohnerrat hat ja keine Kompetenz, der Schulpflege diesbezüglich irgendetwas zu befehlen. Vielmehr erwarten wir vom Stadtrat und der Schulpflege, dass man sich auf eine Art Protokoll zum Vorgehen in diesem Geschäft einigt, damit die Zuständigkeiten und Schnittstellen klar sind und man sich schlussendlich nicht gegenseitig öffentlich zerfleischt. Der Antrag der FDP zur Halbierung des Kredites geniesst mehr Zustimmung. Die beantragten 200'000 Franken scheinen uns doch nicht so klar fundiert zu sein. Wir bitten den Stadtrat diesbezüglich um eine gewisse Präzisierung. Sonst würden wir allenfalls dem Antrag der FDP zustimmen.

Christoph Waldmeier: "Veni vidi vici" (Julius Cäsar) – Ich kam, sah und siegte. Es kommt mir so vor, dass man schon davon ausgeht, dass diese Volksabstimmung zu gewinnen ist und keine anderen Lösungen prüft. So ist beispielsweise bei einer Niederlage auch nicht klar, welche Schüler wohin gehen und es wurde nicht mal das Gespräch gesucht, ob eventuell eine vereinfachte Vertragsvariante im Falle einer Abstimmungsniederlage infrage käme. Das ist für mich schon etwas mager. Vielmehr ist mir noch aufgefallen, dass zwei Probleme nicht ernst genommen werden. Ja, ich weiss, viele Ängste auch von uns Lehrpersonen sind nicht rational begründet. Aber es ist wichtig, dass man an das Problem der Schulpflege denkt, welches schon angesprochen worden ist, denn diese Schulpflege leistet jetzt wieder gute Arbeit. Sie zeigt sich an Anlässen, spricht mit den Leuten und unterstützt die Lehrpersonen. Das zweite Problem betrifft die Schülerzahlen: Logisch bestimmt der Kanton die Maximalgrössen von Klassen, jedoch ist insbesondere auf der Realstufe die Angst gross, dass es Jahre geben kann, wo man beispielsweise aus drei Klassen zwei machen könnte. Klar kann auch das Gegenteil der Fall sein, aber da muss ich vielleicht noch etwas konkreter werden: Bei Realschülern ist teilweise wirklich die Angst vor Verschlechterungen verständlich. Ich unterrichte jetzt erst seit 4 ½ Jahren, habe aber bereits schon einige ehemalige Schüler, welche im Gefängnis waren. Das wird für eine Gesellschaft dann wirklich teuer. Wenn wir auf lokaler Ebene einer Verschlechterung vorbeugen können, ist diese Angst auch realistisch und ernst zu nehmen. Leider habe ich in Gesprächen schon das Gefühl gehabt, dass man gar nicht richtig zuhört. Hätte man mir ehrlich gesagt, dass man die Probleme anerkenne, aber aus diesen und jenen Gründen die Kreisschule trotzdem machen möchte, würde ich wohl heute Abend anders sprechen. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, es ist das erste Mal, dass wir überhaupt zu diesem Projekt Stellung nehmen dürfen. Der Diskurs ist mir wichtig und auch, dass einander zugehört wird, sodass wirklich Sachen eingebracht werden können und diese ernst genommen werden. Bis jetzt habe ich wohl an allen Veranstaltungen zu diesem Thema, bei denen es möglich war, teilgenommen. Es hat mich etwas geschockt, denn beim Verhältnis zwischen Schulpflege und Stadtrat vermisse ich eine gewisse Harmonie. Ich finde das wirklich etwas

schwierig. Hier im Saal sitzen wirklich auch Personen, welche jeweils anders abstimmen als ich, aber wir verstehen uns trotzdem gut. Ich würde der Schulpflege und dem Stadtrat am liebsten sehr stark empfehlen, einmal eine halbe Stunde zusammenzusitzen und nicht über die Schule zu sprechen, damit sich Vertrauen bilden kann. Damit das vielleicht etwas einfacher geht, habe ich hier ein paar Flaschen Wein mitgebracht. Das sollte das Ganze dann etwas vereinfachen. Es hat noch eine besonders gute Flasche dabei. Diese ist so gedacht: Wenn Sie sich einig geworden sind, trinken Sie die doch zusammen. In diesem Sinne wünsche ich den beiden Behörden ein gutes Gelingen. Persönlich nehme ich noch kurz Stellung: Ich werde diesen Antrag ablehnen, und zwar deshalb, weil ich wirklich möchte, dass die Probleme ernst genommen werden. Ich denke, bei dem Resultat, welches heute Abend herauskommen wird, mag es vielleicht zwei oder drei Neinstimmen vertragen. Ich glaube, mehr werden es nicht sein. Dann ist mir auch wichtig, dass man auch wirklich miteinander spricht, sich die Probleme anhört und diese ernst nimmt. So kommt man weiter. Ich hätte heute Abend nämlich viel lieber das Sprichwort "Alles Gute kommt von oben" gebraucht. Hier hören Sie vielleicht auch schon heraus, dass ich die Vorlage nicht einfach nur schlecht finde.

Esther Belser Gisi: Wir haben momentan zwei gut funktionierende Schulen in Aarau und in Buchs mit vielen motivierten Lehrpersonen und gut organisierten Systemen. Dafür sind wir sehr dankbar. Beide Schulen wollen, dass alles so bleibt, wie es ist – nur leider gibt es diesen Status quo nicht. Wir müssen unsere Schule neu organisieren. Unsere Partei Pro Aarau unterstützt die Variante einer gemeinsamen Kreisschule der Gemeinden Aarau und Buchs als partnerschaftliche, zukunftsorientierte, innovative Organisationsform für unsere zukünftige Schule. Seit 2011 erarbeitete PuMaConsult mit vier Arbeitsgruppen die Grundlagen. Die Varianten Verbands- und Vertragslösung wurden gleichberechtigt gegeneinander abgewogen. Der Entscheid der Arbeitsgruppen fiel zugunsten der Verbandslösung. Auch die Vernehmlassung zeigte eine klare Unterstützung der Verbandslösung quer durch alle Parteien und bei beiden Gemeinden. Wir sind der Meinung, dass nun eine Lösung weitergeführt werden sollte, und das ist die Verbandslösung. Diese soll wasserdicht ausgearbeitet werden, damit die Stimmbürger 2016 klar wissen werden, wozu sie Ja oder Nein sagen. Was bietet ein Schulverband? Der Verband bietet die Chance, v.a. auf der Oberstufe, Schülerzahlen auszugleichen, stabilere Lehrerpensen zu ermöglichen und eine Vielfalt an Freifächern anzubieten. Gleichzeitig können innovative Projekte, wie z.B. die Sportschule, im Raum Aarau weiterhin angeboten werden. Ein Verband erlaubt eine langfristige, zuverlässige Planung des Schulraumes mit drei starken Oberstufenzentren. Und er bietet für alle Aarauer Kinder die gleichen Bedingungen. Was ein Schulverband nicht sein soll: eine reine Sparübung. Ein Beispiel: Die durchschnittliche Schülerzahl pro Abteilung an der Realschule liegt heute bei 13,6 Schülern an der KSBR. Das sind die Zahlen, welche ich besser kenne, in Aarau ist es aber ähnlich. Im PuMa-Bericht wird im Schuljahr 2014/15 mit 19,7 gerechnet. Das liegt 29% über dem kantonalen Durchschnitt von 2013. Das ist zu viel, das ist ein Qualitätsabbau. Die Zahlen im Bericht von PuMaConsult sind nicht mehr aktuell. Wir hoffen, dass hier nochmals gerechnet und pädagogisch vertretbare Lösungen gefunden werden. Wenn es um die Genehmigung von neuem Schulraum für die Oberstufe geht, sind auch wir Einwohnerräte hier im Saal dafür verantwortlich, dass die Klassengrössen an unserer Oberstufe weiterhin vernünftig bleiben und nicht so hoch sein müssen. Das Ziel soll es nun sein, mit dem Kredit die Satzungen der Verbandslösung sorgfältig auszuarbeiten. Viele Details müssen zwischen den Gemeinden ausgehandelt werden, z. B. wie der Kreisschulrat zusammengesetzt ist, die Anzahl Mitglieder, die Finanzkompetenzen – wir von Pro Aarau würden eine Mischform von Einwohnerräten und gewählten Einwohnern unterstützen – das Organigramm des Verbandskonstrukts, also wer wo Einfluss nimmt, die Rolle der Schulpflege und was passiert, wenn es sie ev. nicht mehr gibt oder

die Liegenschaften. Hier sind wir der Meinung, da die Gemeinde schlussendlich für die Kosten und den Unterhalt aufkommen muss, sollten die Liegenschaften bei der Gemeinde bleiben oder im Falle von Buchs überführt werden. Das Hauswartpersonal soll aus unserer Sicht aber der Schulleitung unterstellt sein. Die Kreisschule Buchs-Rohr hat damit sehr gute Erfahrungen gemacht. Bei der Verteilung der Kosten sehen wir eine Mischrechnung nach Schüler- und Einwohnerzahlen. Eine wichtige und schwierige Frage ist die Sonderpädagogik: Wir wünschen uns noch einmal die Prüfung und Abklärung des Kleinklassenmodells für beide Schulgemeinden, da die integrative Schulung nicht die erhoffte Zufriedenheit und Entlastung unter den momentanen Bedingungen gebracht hat. Es müssen Lösungen für Schul- und Gemeindeanlässe wie Jugendfest, Maienzug und Bachfischet gefunden werden, das ist klar. Die Schulhäuser sollen ihre Eigenständigkeit auch in diesem grossen System behalten können. Jedes Schulhaus soll weiterhin seine eigene Schulhauskultur behalten können. Die Entscheidungswege sollen kurz sein. Eine subsidiäre Schulorganisation soll ermöglichen, dass Fragen und Probleme auf einer möglichst tiefen Stufe gelöst werden können. Wir nehmen an, dass zur weiteren Ausarbeitung neue Arbeitsgruppen gebildet werden. Unserer Meinung nach ist es ganz wichtig, dass alle Direktbetroffenen eingebunden werden, damit sie ihre Erfahrungen einbringen können. Damit meine ich auch die Lehrerschaft, die Schulleitungen und die Schulpflege. Ich habe immer wieder Lehrpersonen und auch Bereichsleiter angetroffen, welche noch nie zu diesem Thema befragt worden sind. Das finde ich schade. In diesem Sinne können wir auch den Antrag der Grünen unterstützen. Wir bitten, offen zu kommunizieren, wer in den Arbeitsgruppen aktiv sein wird. Auch die Meinung der Eltern soll eingeholt werden. Wenn die ausgearbeitete Vorlage eine Volksabstimmung bestehen soll, müssen die Bedürfnisse der Eltern ernst genommen werden. Da geht es um Fragen wie: Wo geht mein Kind zur Schule und haben wir noch Platz im Telliring, wenn die Buchser am Maienzug auch mit dabei sind? Oder müssen wir dann noch früher mit dem Maienzugumzug beginnen, damit es reicht? Zum Antrag der FDP: Leider hatten auch wir keinen Einblick in die genaue Zusammenstellung der Kosten, aber aufgrund der offenen Fragen scheint es uns plausibel, dass ein Betrag von 100'000 Franken für die weiteren Abklärungen doch nicht reicht. Es braucht auch noch Juristen, um diese Satzungen klarer zu definieren. Wir möchten auch den Prozess in Buchs nicht gefährden. Sie werden in zwei Tagen über denselben Kredit abstimmen. Ich befürchte, dass wir damit mehr Probleme schaffen als lösen würden. Aus diesen Gründen werden wir diesen Antrag ablehnen. Kommunikation ist generell sehr wichtig in diesem Prozess. Wir bitten, dass der Stand der Arbeiten regelmässig kommuniziert wird: an der Präsidialkonferenz, im Einwohnerrat, bei den Schulleitungen, damit diese ihre Lehrpersonen informieren können. Das Hauptziel soll nicht aus den Augen verloren werden: eine gut organisierte Schule mit motivierten Lehrpersonen und zufriedenen Kindern und Eltern. Das Hauptziel soll nicht das Sparen sein.

Peter Roschi: Zwei Sachen vorweg: Es wird immer wieder gesagt, und Christoph Waldmeier hat es ebenfalls gesagt, dass wir Lehrpersonen Angst hätten vor Veränderungen. Ich glaube, da wären wir im falschen Beruf. Wir sind tagtäglich mit Änderungen konfrontiert. Das ist zurzeit eigentlich das einzig Beständige in unserem Beruf. Diejenigen von Ihnen, welche selber Lehrpersonen sind, wissen, dass ständig von Schulleitungen oder vom BKS her Änderungen eingeführt werden. Wir haben jetzt eben die Änderung des Schulsystems 6/3 erlebt. Angst vor Veränderungen hat von uns niemand. Die zweite Vorbemerkung betrifft die Integration: Da müssen Sie mir einfach etwas helfen: Ich habe einmal gehört, dass eine Schule ein System haben sollte. Gilt das nicht mehr und hat der Kanton irgend etwas geändert? Es wird immer gesagt, man wolle das noch prüfen und man wolle mit zwei Systemen weiterfahren. Aber: "Eine Schule, ein System." Dies sollte doch so sein bezüglich Integration und Kleinklassen.

Ich komme jetzt zu meinem Votum: Die Schulpflege Aarau ist dagegen, die Schulführungen von Aarau und Buchs auch, ebenfalls die Lehrerschaft von Aarau. Wahrscheinlich ist auch die Lehrerschaft von Buchs dagegen. Warum "wahrscheinlich"? Man hat der Lehrerschaft Buchs nicht gestattet, an einer Umfrage des Aarauer Lehrerkonvents teilzunehmen. Da frage ich mich, wo da das Demokratieverständnis liegt. Der Stadtrat Aarau ist dafür, ebenfalls der Gemeinderat Buchs und die Schulpflege Buchs. Das Resultat: vier sind dagegen, 3 dafür und eine Partei eventuell dagegen. Da wäre der Entscheid ja eigentlich klar. Aber wir reden hier nicht von irgend einer Vorlage, sondern von der Vorlage Kreisschule Aarau-Buchs, und da gelten andere Gesetzmässigkeiten, denn hier hat die Politik das Sagen. Was ist mit der Meinung der Direktbetroffenen? Nehmen wir die überhaupt ernst oder hören wir sie wirklich? Die Firma PuMaConsult aus Bern hat eine Untersuchung durchgeführt. Sage und schreibe 0,7% - ja, Sie hören richtig, wirklich 0,7% - der Bevölkerung von Aarau und Buchs haben daran teilgenommen. In Zahlen sind das 179. Mich hat interessiert, wer denn diese 0,7% gewesen sind und ob das Resultat irgendwie bewertet oder gewichtet werden konnte. Enttäuscht musste ich feststellen, dass das leider nicht möglich war, da diese Umfrage selbstverständlich auch anonym abgegeben werden konnte. Mit einem solchen Setting herauszufinden, wer was gesagt hat, war schlichtweg unmöglich. Hier darzustellen, das sei professionell und entspreche den neuesten Trends, finde ich fragwürdig. Ich frage Sie, ob wir wirklich aufgrund solcher Unterlagen, welche 0,7% der Bevölkerung gemacht haben, hier im Saal jetzt entscheiden wollen. Doch jetzt zurück zum Thema: Bei der Kreisschule Aarau-Buchs liegt die Betonung auf Aarau, denn es ist ja wohl allen klar, dass in einer solchen Organisation die Aarauer das Sagen hätten. Geht man bei der Zusammensetzung eines künftigen Kreisschulrates von den Bevölkerungszahlen aus, lägen 73% bei Aarau und 27% bei Buchs. Also ist klar, dass Aarau sagen würde, wo es durch ginge. Eine Fusion von zwei Organisationen ist immer mit einem grossen internen und externen Aufwand verbunden. Gemäss Aussagen an der letzten Informationssitzung im Gemeindesaal Buchs war dies auch bei der Kreisschule Buchs-Rohr so. Ich schaute noch einmal nach und es stand nicht Buchs-Rohr-Aarau, sondern Buchs-Rohr. Die Voraussetzungen bei der grossen Kreisschule Aarau-Buchs sind nun aber leider völlig anders, denn keine der Schulen will eine solche Verbandslösung. Weshalb wollen sie das nicht? Es ist ganz einfach, denn es gibt keinen Grund und ist im jetzigen Zeitpunkt nicht nötig. Beide Schulen funktionieren hervorragend mit ihren unterschiedlichen Systemen. Das angebliche Einsparpotential könnte auch mit einem Vertrag erzielt werden. Aus mir unbekannten Gründen verzichtet man darauf, die Variante eines Vertrags überhaupt anzuschauen. Es ist absolut unnötig, zum jetzigen Zeitpunkt Kräfte dafür einzusetzen, ein neues System aufzubauen, das es eigentlich gar nicht braucht und unweigerlich zu Problemen führen wird. Ich nenne hier noch einmal das Stichwort "Liegenschaften": Ich habe mit Personen von Buchs gesprochen. Sie meinten, betr. Liegenschaften werde man das Problem dann lösen, wenn der Vertrag da sei. Oder zum Thema Integration und Kleinklassen erwähne ich noch einmal die Aussage des BKS: "Eine Schule, ein System." Aber eben, Aarau hätte ja das Sagen. Somit wäre auch das kein Problem. Und was ist eigentlich mit dem Willen der Bevölkerung? Ist der wirklich in der Umfrage der Firma PuMaConsult abgebildet? Aus meiner Sicht ist er das in keiner Art und Weise. Deshalb stelle ich hier folgenden Antrag:

Das Kreditbegehren sei dem Referendum zu unterstellen und in einer Volksabstimmung die Meinung der Bürgerinnen und Bürger abzuholen, da dies bis heute noch nie gemacht worden ist.

Ich bin sicher, dass alle Juristen diese Satzungen hervorragend lesen können. Aber ich zweifle daran, wie viele der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger Juristen sind und das tatsächlich

auch lesen können. Wir verschenken uns damit gar nichts, sondern kommen einfach zu einer Verschnaufpause. Das hoffentlich klare Resultat würde dazu führen, dass sich alle weiteren Schritte auf einen Volksentscheid abstützen könnten. Und zu guter Letzt: In der Schweiz dauert halt alles immer ein wenig länger. Was würden wir uns verschenken, wenn wir das Ganze in kleinen Schritten mit einzelnen Verträgen starten würden, bei denen beide Partner gleich viel zu sagen hätten? Wer weiss, eventuell käme man sich ja dabei auch näher, und zwar auf Augenhöhe und nicht mit 73 gegen 27 Prozenten.

Jürg Schmid: Ich habe eine Seite meines Referates bereits einmal gestrichen. Ich versuche, mich kurz zu halten. Wir alle hier im Saal sind einmal zur Schule gegangen. Entsprechend sind wir alles Fachleute und jede und jeder hat seine eigene, begründete, meist aber vor allem sehr emotionale Meinung dazu. Die SVP-Fraktion hat sich bei ihrem Entscheid zum vorliegenden Antrag von verschiedenen Faktoren leiten lassen und versucht, sich dabei vor allem auf Fakten abzustützen. Zusammengefasst sprechen nach unserer Meinung wichtige sachliche Gründe für den vorliegenden stadträtlichen Antrag: Die Schulqualität ist bereits hoch, im Schulzimmer ändert sich nichts. Die Sicherheit auf dem Schulweg, insbesondere für die Rohrer Oberstufenschüler, wird nicht geopfert. Sollte nämlich keine Zusammenarbeit zustande kommen, gingen die Real- und Sekundarschüler von Rohr in den Schachen und die Bezirksschüler im Zelgli zur Schule, was meines Erachtens bezüglich Sicherheit nicht verantwortbar wäre. Für die Schule Aarau entsteht mit einem Schulverband die grosse Chance, alles unter einem organisatorischen Dach zu haben und von schnelleren und effizienteren Entscheidungswegen zu profitieren. Der benötigte Schulraum kann noch besser optimiert werden. Schlussendlich präsentiert sich die Kantonshauptstadt als kooperationsfähiger Partner in der Region. Und nun zu den Abänderungsanträgen: Natürlich hätten wir es auch gerne, wenn die Umsetzung nicht 200'000 Franken, sondern nur die Hälfte kosten würde. Ob es nun tatsächlich 200'000 Franken kostet oder mit 100'000 Franken möglich ist, kann beim heutigen Stand unserer Meinung nach nicht abschliessend beurteilt werden. Tatsache ist, dass den Einwohnerräten von Aarau und Buchs zurzeit derselbe Antrag unterbreitet wird. Eine einseitige Anpassung seitens von Aarau heute Abend dürfte entsprechend zu mindestens einer Zusatzschlaufe führen, was sich wiederum nachteilig auf den Zeitplan auswirken würde. Der Stadtrat hat unseres Erachtens mit seinem kürzlichen Entscheid, das erteilte Erhöhungsbudget bei den Löhnen nicht vollumfänglich auszuschöpfen, bewiesen, dass er gewillt ist, verantwortungsvoll und haushälterisch mit den Mitteln umzugehen. Entsprechend zählen wir auch beim vorliegenden Antrag auf dieselbe Haltung und erachten die damit gesprochenen 200'000 Franken als Maximallimite. Wir bedanken uns bei der FDP für den gut gemeinten Antrag, unterstützen im Dienste der übergeordneten Sache allerdings diesen aber mehrheitlich nicht. Das war auf jeden Fall der Stand vor dieser Sitzung. Dass aufgrund der aktuellen Sachlage die Schulpflegen und auch die Schulleitungen sowie die Lehrerschaft abgeholt und noch verstärkt ins Projekt eingebunden werden müssen, erscheint uns als ein absolutes Muss, und zwar nicht nur im Vorfeld der Volksabstimmung. Es sind ja genau auch diese Institutionen, die bei einer allfälligen Zustimmung zur Verbandslösung bei der Umsetzung massgeblich mitarbeiten müssen. Deren Zustimmung zu erwirken, ist aus unserer Sicht eine Aufgabe des Stadtrates, die parallel zur vorgeschlagenen Ausarbeitung einer Verbandslösung erledigt werden muss. Eine von mehreren Vorgehensvarianten zu dieser Zielerreichung ist der Ergänzungsantrag der Fraktion der Grünen. Wir denken allerdings, dass dem Stadtrat der Entscheid über die Wahl des Mittels zur Zielerreichung selber überlassen werden sollte und lehnen deshalb den konkreten Ergänzungsantrag, welcher den Stadtrat in eben dieser Mittelwahl sehr stark einschränkt, ab. Unser Votum schliesse ich mit ein paar aus unserer Sicht wichtigen Punkten, die nach Abschluss der nächsten Phase detailliert auf dem Tisch liegen müssen: Wir erwarten

eine klare, detaillierte Darstellung der angedachten Organisation eines Schulverbandes Aarau-Buchs. Diese muss schlank, schlagkräftig und mit kurzen Entscheidungswegen ausgestattet sein. Welche konkrete Lösung ist angedacht betr. Schulliegenschaften? Wichtig ist eine transparente, detaillierte Darstellung der Kostenteiler, seien das Schulgelder, das Verrechnen der Liegenschaften, Unterhalt, Sanierungen usw. Wir erwarten eine Darlegung der Zukunft der mit der Schule Aarau verbundenen Brauchtümer. Wie schon erwähnt wurde, hat Buchs ebenfalls Brauchtümer, welche hier sicher auch berücksichtigt werden müssen. Ich habe schon erwähnt, dass die SVP-Fraktion den Antrag des Stadtrates unterstützen wird.

Barbara Urech: Ich mache es ganz kurz und möchte noch schnell eine Nachinformation liefern: Bis heute ist bei diesem Projekt 100'000 Franken ausgegeben worden für diese vier Jahre, in welchen von verschiedenen Seiten her grossartige Arbeit geleistet worden ist. Ich bin sicher, wenn wir den Kredit heute für 100'000 Franken gutheissen würden, könnte der Gemeinderat Buchs das am Mittwoch, wenn sie tagen, auch problemlos einfliessen und den Kredit anders sprechen lassen.

Franziska Graf, Stadträtin: Ich habe versucht, sehr gut zuzuhören. Ich habe sehr viel gehört und hoffe, etwas geordnet auf Ihre Voten eingehen zu können. Auf die Vorlage möchte ich nicht noch einmal eingehen. Sie haben sehr viel dazu gesagt und auch alles gelesen und Sie sind sehr gut informiert. Ich möchte aber eine Entgegnung zum Votum von Christoph Waldmeier machen bezüglich seiner Befürchtung, dass eine Kreisschule dazu führen könnte, dass noch mehr Schüler im Gefängnis landen könnten, um das jetzt einmal etwas krass zu formulieren. Ich gehe davon aus, dass er den Vorschlag der Schulpflege unterstützen würde. Dann ist es so, dass im Moment 16 Rohrer Kinder in die Realschule gehen, und zwar verteilt auf 3 Klassen. Das gibt 4-7 Realschüler pro Jahrgang. Diese würden wahrscheinlich ja keine eigene Klasse im Stadtteil Rohr geben. Das ist jetzt etwas grob geschätzt, weil die abschliessende Arbeit ja noch nicht gemacht ist. Ich könnte mir vorstellen, dass genau das zu höheren Schülerzahlen in der Realschule im OSA führen würde. In einer Kreisschule könnte das anders gelöst werden. Zu der Harmonie zwischen der Schulpflege und dem Stadtrat kann ich noch folgende Anmerkung machen: Als zuständige Stadträtin erachte ich die Zusammenarbeit in den anderen einzelnen Geschäften als sehr gut. Man müsste die Schulpflege selber fragen, wie sie das erlebt, aber ich erlebe es wirklich als sehr gut mit denjenigen Mitgliedern, mit welchen ich bis jetzt zu tun hatte. In dieser Frage sind wir uns nicht einig, das ist so. Der Stadtrat hat die Idee auch schon gehabt, dass wir zusammen sprechen sollten und hat dies auch bereits getan. Wir machen es aber gerne noch einmal. Ich möchte auch noch gerne auf das Votum von Peter Roschi bezüglich der Aussage vom BKS "Eine Schule, ein System" eingehen: Da stützen wir uns auf vorgeleistete Arbeit. In den Berichten der Arbeitsgruppen steht, dass sie dies abgeklärt hätten. Der Kanton würde akzeptieren, dass die Kreisschule integrative und separative Schulung führen würde. Ich verstehe das Votum von Peter Roschi so, dass er eigentlich den Status quo bevorzugen würde. Ich möchte einfach noch einmal sagen, dass wir das nicht tun können, sofern wir das Versprechen an das Volk, welches wir bei der Fusionsabstimmung gegeben haben, halten wollen. Dem Stadtrat ist es eigentlich ein grosses Anliegen, gemachte Versprechen einzuhalten. Es wurde gefragt, ob der Wille der Bevölkerung hier berücksichtigt werde. Ich denke, man sollte die Arbeit Schritt um Schritt von hinten nach vorne machen und nicht mit dem Ende anfangen. Der Stadtrat betrachtet den Einwohnerrat als Volksvertretung. Als erstes wollte er deshalb heute Abend von Ihnen einen Auftrag abholen. Ich bin jetzt gespannt, wie es herauskommt und in welche Richtung der Stadtrat weiterarbeiten soll. Die Bevölkerung ist ja sehr gefragt, und zwar dann, wenn es um die definitive Abstimmung geht. Soweit zu diesen Voten. Jetzt würde ich noch gerne zu den einzelnen Anträ-

gen kommen. Ich beginne mit dem Ergänzungsantrag der Grünen. Dazu möchte ich sagen, dass das zu einem grossen Teil bereits gelebt wird. Die Schulpflege und die Schulleitungen sind einbezogen. Der Stadtrat hat auch vor, und zwar unabhängig davon, ob der Antrag angenommen wird oder nicht, Vertreterinnen oder Vertreter des Einwohnerrates in seine Arbeitsgruppe aufzunehmen. Sie können dem Antrag also zustimmen oder ihn ablehnen, der Stadtrat würde es sowieso gerne so machen, denn es ist dem Stadtrat ein grosses Anliegen, alle Player am Tisch zu haben. Wir würden das also auch einfach als Empfehlung entgegennehmen. Zum Abänderungsantrag der FDP: Die Wunschliste, was noch alles gemacht werden sollte, ist relativ lang. Heute Abend sind noch einige Punkte dazugekommen. Was noch gemacht werden muss, ist z. B. die inhaltliche Würdigung der Mitwirkung. Die daraus entstehenden Themen müssen noch korrekt und vertieft angeschaut werden. Die Berichte, welche die FDP erwähnt hat, liegen tatsächlich vor, sind gut und brauchbar. Auf diesen möchten wir aufbauen. Sie basieren allerdings auf Zahlen, welche jetzt schon ein paar Jahre alt sind. Sie sind also schon wieder nicht mehr aktuell. Dort, wo es notwendig ist, und das ist selbstverständlich nicht überall, möchten wir aktuelle Berechnungen nachholen können. Es ist uns ein Anliegen, dass wir einen externen Projektleiter einsetzen können. Das Projekt sollte durch seine Wichtigkeit und Grösse verantwortungsvoll und seriös weitergeführt werden können. Es ist auch eine Bereicherung, wenn in diesem speziellen Projekt eine neutrale Person mit einer gesunden Distanz mit am Tisch sitzt. Der Einwohnerrat hat vermehrt immer wieder gesagt, dass er wünsche, dass verschiedene Varianten geprüft würden. Da meine ich jetzt nicht eine Variante mit oder ohne Verband, sondern verschiedene Varianten auch in den Details. Diesem Anliegen möchte der Stadtrat gerecht werden und entsprechen. Das bedeutet aber einen Aufwand. Der Stadtrat ortet einen sehr grossen Informationsbedarf bei den Beteiligten, den Betroffenen und auch der Bevölkerung. Auch diesen Informationsbedarf möchte er befriedigen können. Die Arbeitsgruppe hat den Antrag für die 200'000 Franken gestellt, weil wir uns sicher fühlen, dass diese Summe nicht überschritten wird. Sollte der Einwohnerrat der Änderung auf 100'000 Franken zustimmen, so bitte ich Sie zu bedenken, dass wir für einen allfälligen Zusatzkredit wieder vor beide Einwohnerräte von Buchs und Aarau gehen müssten. Bei einem verkleinerten Kredit könnte das folgende Auswirkungen haben: eine Verzögerung, wenn wir beispielsweise weniger externe Unterstützung beiziehen können, wir könnten weniger Varianten abklären, sei es in der Breite oder der Tiefe und es könnten weniger Informationen für die Öffentlichkeit gemacht werden. Für den Gemeinderat Buchs und für den Stadtrat Aarau – und ich habe vorher beim Gemeinderat Buchs abgeklärt, ob ich das so sagen dürfe – heisst ein bewilligter Kredit von 200'000 Franken nicht, dass das Geld auch wirklich ausgegeben werden muss. Es würde uns einfach ermöglichen, speditiv zu arbeiten und bei auftretenden Themen adäquat zu reagieren. Ich komme nun zum letzten Punkt, dem freiwilligen Referendum: Dieser Punkt ist in der Arbeitsgruppe ausgiebig diskutiert worden. Wir sind dann zum Schluss gekommen, das nicht so dem Stadtrat zu beantragen. Wenn das Volk darüber abstimmen sollte, möchte es in der Regel wissen, wozu es Ja oder Nein sagt. Die aktuelle Vorlage ist aber erst ein Kreditbegehren, um das Projekt auszuarbeiten und nicht das Projekt selber. Wir haben noch keine Details, welche wir dem Volk verständlich machen und sagen könnten, in welche Richtung es geht. Dafür müssten wir ja eben diesen Kredit haben. Ich mache Ihnen ein Beispiel: Sie fragen die Familie oder Kollegen, ob sie in die Berge oder ans Meer in die Ferien gehen möchten. Die Familie sagt dann, für sie sei es wichtiger, dass es WLAN im Hotelzimmer habe, eine Dusche oder Badewanne, ob man das Zimmer mit Sicht auf das Meer oder die Berge habe oder ein Zimmer nach hinten hinaus. Diese Details sind dann fast wichtiger als die Frage, ob man ans Meer geht oder in die Berge. Diese Antwort können wir aber noch nicht liefern. Dazu kommt auch, dass das Referendum keine Sicherheit gäbe, auch wenn es angenommen würde, ob das Volk nach der Ausschaffung der Vorlage gleich entscheiden würde.

Auch wenn das Volk dem Kredit jetzt zustimmen würde, könnte dasselbe Volk nachher das Projekt ablehnen, wie übrigens auch der Einwohnerrat. Das waren die Überlegungen des Stadtrates. Nun liegt es an Ihnen. Ich danke Ihnen ganz herzlich für die spannende Diskussion und wir werden sehen, wie es herauskommt. Ihre Abstimmung bedeutet für den Stadtrat einen Auftrag.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Somit kommen wir zu den einzelnen Abstimmungen. Wir werden zuerst über den Ergänzungsantrag der Grünen abstimmen und danach über den Abänderungsantrag der FDP. Mit dem obsiegenden Antrag und ev. dem Ergänzungsantrag gehen wir in die Schlussabstimmung. Am Schluss behandeln wir die Referendumsfrage. Der Ergänzungsantrag ist aus rechtlichen Gründen nicht referendumsfähig, da die Kompetenz beim Stadtrat liegt. Franziska Graf hat es aber bereits gesagt, dass der Stadtrat dieses Anliegen sowieso aufnimmt. In diesem Sinne können wir jetzt diese Abstimmung durchführen. Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zu den

Abstimmungen

Abstimmung über den Ergänzungsantrag der Grünen:

Der Ergänzungsantrag der Grünen

Der Erarbeitungsprozess soll durch ein breit abgestütztes Gremium begleitet werden. Dies soll die Anliegen der direkt Betroffenen einbringen. Namentlich sollen Vertreter der Schulpflege, der Schulleitung und des Einwohnerrates beider Gemeinden vertreten sein. Die Teilnahme liegt aber in der Kompetenz der zuständigen Organe der Gemeinde Buchs

wird mit 33 Ja-Stimmen gegen 14 Nein-Stimmen **angenommen.**

Abstimmung über den Abänderungsantrag der FDP:

Der Abänderungsantrag der FDP

*Für die Ausarbeitung der Unterlagen der "Volksentscheide zum neuen Kreisschulverband Aarau-Buchs" (Schaffung eines Gemeindeverbandes Kreisschule Aarau-Buchs (inkl. Satzungen), Auflösung des Gemeindeverbandes Kreisschule Buchs-Rohr und Änderung der Gemeindeordnungen) sei ein Kredit von **max. 100'000** Franken zu bewilligen*

wird mit 35 Nein-Stimmen gegen 10 Ja-Stimmen **abgelehnt.**

Schlussabstimmung:

Der Einwohnerrat fasst mit 41 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen folgenden

Beschluss

Für die Ausarbeitung der Unterlagen der "Volksentscheide zum neuen Kreisschulverband Aarau-Buchs" (Schaffung eines Gemeindeverbandes Kreisschule Aarau-Buchs (inkl. Satzungen), Auflösung des Gemeindeverbandes Kreisschule Buchs-Rohr und Änderung der Gemeindeordnungen) wird ein Kredit von 200'000 Franken bewilligt.

Abstimmung über den Antrag von Peter Roschi (Unterstellung des Beschlusses unter das obligatorische Referendum):

Der Antrag von Peter Roschi

Das Kreditbegehren sei dem Referendum zu unterstellen und in einer Volksabstimmung die Meinung der Bürgerinnen und Bürger abzuholen, da dies bis heute noch nie gemacht worden ist

wird mit 37 Nein-Stimmen gegen 11 Ja-Stimmen **abgelehnt.**

Dieser Beschluss unterliegt somit gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

92. Anpassung der personellen Ressourcen für Hochbau-Projektleitungen

Mit Botschaft vom 10. November 2014 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat zu diesem Geschäft den folgenden:

Antrag: *Der Einwohnerrat möge die bis zum 30. Juni 2015 befristeten 150 Stellenprozente der Sektion Hochbau in unbefristete Stellenprozente umwandeln.*

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Die FGPK hat dieses Geschäft an ihrer Sitzung vom 25. November 2014 behandelt und empfiehlt dem Einwohnerrat einstimmig, das Geschäft gutzuheissen.

Ulrich Fischer, Sprecher FGPK: Es ist Sache der FGPK, Geschäfte vertieft zu prüfen und Unklarheiten im Gespräch mit dem Stadtrat und/oder der Verwaltung zu beseitigen. Das ist so am 25. November 2014 erfolgt. Frau Stadtpräsidentin Jolanda Urech und Stadtbaumeister Felix Fuchs waren die Gesprächspartner der Kommission. Worum geht es? Seit Oktober 2011 stehen der Sektion Hochbau 350 Stellenprozente in konstanter personeller Besetzung zur Verfügung. 150 Stellenprozente sind befristet bis am 30. Juni 2015 und 200 Stellenprozente sind unbefristet. Es handelt sich um zwei Vollzeitstellen sowie um je eine 40, 50 und 60% Teilzeitstelle. Aus Sicht der Kommission ist die Umwandlung in unbefristete Stellen in vorgegebener Höhe klar und zweifelsfrei begründet. Das Protokoll ist relativ lang. Ich möchte Ihnen aus Zeitgründen die Argumente, welche dafür sprechen, kurz auflisten: Die Bruttoinvestitionsvolumina der Sektion Hochbau bis 2020 und weiter rechtfertigen die Umwandlung. Der Ressourcenbedarf ist im Bericht des Stadtrats dargelegt. Verschiedene externe Kennzahlen zeigen, dass der Personalbedarf für die Projektleitung äusserst zurückhaltend berechnet wurde. Die bisherige Befristung war grundsätzlich ein Nachteil in der aktuellen Arbeitsmarktsituation. Zwischen 2010 und 2012 konnten die bewilligten befristeten Stellenprozente nicht voll besetzt werden. Die gegenwärtigen Stelleninhaberinnen sind einigen Mitgliedern der FGPK persönlich bekannt. Es handelt sich um sehr qualifizierte, fähige und engagierte Mitarbeiterinnen. Man müsste bei einer weiteren Befristung befürchten, dass dann zu einer attraktiveren, unbefristeten Stelle gewechselt würde. Bei einer Kündigung würde wichtiges Know-how (Projekt- und Prozesswissen) verloren gehen. Eine externe Projektleitung, auch das wird immer einmal wieder angesprochen, kommt bedeutend teurer durch externe Infrastrukturkosten und den zusätzlichen Schnittstellenbedarf (Kontrollaufwand Submissionsrecht, Berichtswesen, usw.). Dies wurde am Beispiel der Erneuerung des Gemeinschaftszentrums Telli belegt. In der Kommission wurde auch festgehalten, dass die realisierte Aufteilung der Stellenprozente sehr sinnvoll ist und die Tätigkeit qualifizierter Mitarbeiterinnen in Teilzeitpensen fördert. Mit der Umwandlung wird eine gewisse arbeitsrechtliche Benachteiligung verhindert. Unabhängig von Stabilo 2-Massnahmen ist der Arbeitsvorrat für mehr als 3,5 Stellen über das Jahr 2018 gesichert. Der Stellenplan der Sektion Hochbau des Stadtbauamtes muss im Zusammenhang mit Stabilo 2-Massnahmen beurteilt werden. Das ist auf die Juni-Sitzung des Einwohnerrates im Jahre 2015 geplant. Diese Auflistung ist nicht abschliessend. Die Kommission bedankt sich ausdrücklich beim Stadtrat für den ausführlichen Bericht, der differenziert und verständlich die Situation darstellte. Die Kommission empfiehlt Ihnen einstimmig, dem An-

trag des Stadtrates "Umwandlung der bis 30. Juni 2015 befristeten 150 Stellenprozente der Sektion Hochbau in unbefristete Anstellungsverhältnisse" zuzustimmen.

Ich darf für die Fraktion Pro Aarau – EW/EVP – GLP ein kurzes Votum abgeben: Die Umwandlung in unbefristete Arbeitsverhältnisse ist absolut plausibel und wird von unserer Fraktion einstimmig unterstützt. Angesichts des heutigen Abendprogrammes fände ich es gut, wenn keine allzu ausufernde Diskussion mehr erfolgt.

Rainer Lüscher: Es geht um die Umwandlung von 150 befristeten Stellenprozenten in 150 unbefristete Stellenprozente in der Sektion Hochbau. Vorab herzlichen Dank für die umfassend erarbeitete Vorlage zu diesem Geschäft. Ich kann Ihnen aus eigener Erfahrung aus meiner Mitarbeit in einer Baudelegation schildern, dass die Projektleiterinnen Bauherr einen sehr exakten und professionellen Job machen. Nebst dem Fachwissen müssen diese Personen auch das Flair haben, sich in die Verwaltungstätigkeit einzugliedern. Sie müssen die Entscheidungsgrundlagen für die Baudelegationen und für die Entscheidungen des Stadtrates vorbereiten, mit allen Interessensgruppen den Dialog pflegen, alle entsprechenden Anliegen würdigen und in die Projekte einfliessen lassen und dafür sorgen, dass alle Reglemente, Vorschriften, Wünsche, Bedürfnisse und Möglichkeiten unter einen Hut gebracht werden. Sie kontrollieren die Qualität, die Kosten und haben die Termine im Griff. Wie Sie aus meinen Schilderungen merken, braucht es für die genannten abwechslungsreichen Aufgaben Personen, welche mehrfach begabt sind und es verstehen, in der Praxis Lösungen für die Bauherrschaft, nämlich für uns, für die Stadt Aarau, zu finden. Diese drei Damen – zwei von ihnen kenne ich – machen einen ausgezeichneten Job und sollen diesen bitte auch weiterhin machen. Betreffend weiterer Stellenbegehren gemäss der Botschaft hoffen wir auf die Kreativität des Stadtrates, auch im Rahmen von Stabilo 2, dass er weiterhin geschickte Priorisierungen, Gewichtungen und Kompensationen macht und Ausschau nach geeigneten Rekrutierungen, auch aus den eigenen Reihen, hält. Aus diesem Grund befürworten wir eine Umwandlung der befristeten 150 Stellenprozente in unbefristete 150 Stellenprozente.

Heinz Suter: Ich hatte etwas Mühe mit dieser umfangreichen Vorlage. Es war recht unübersichtlich. Da wäre weniger manchmal mehr. Wenn wir den Politikplan mit den bevorstehenden Projekten ansehen, ist der Bedarf für die 3 beantragten Teilzeitstellen sicher gegeben. Ich bin zwar nicht unbedingt ein Freund von Teilzeitstellen. Es birgt auch Probleme mit Terminen usw., vor allem dann, wenn die Anzahl der Ressourcen an der unteren Grenze liegt, was ja gemäss Beschreibung hier auch der Fall ist. Ich durfte in einem Projekt beim Schulhaus Telli mitarbeiten. Dort konnte ich die Arbeit einer Projektleiterin miterleben. Sie hat ihre Arbeit super gemacht und es hat sehr gut funktioniert, das muss ich sagen. Es ist klar, dass es für die Projektkoordination zwischen intern und extern Leute braucht, welche fähig sind. Es wird von diesen Personen abhängig gemacht, dass das sauber funktioniert. Das Vergeben der Projektleitung an eine externe Stelle würde trotzdem interne Ressourcen binden, denn es gibt immer noch Koordinationsbedarf zwischen intern und extern. Somit ist der Investitionsbedarf für uns gegeben. Im Moment geben wir ja nicht mehr Geld als bisher aus. Die SVP-Fraktion stimmt dem Antrag des Stadtrates einstimmig zu.

Jolanda Urech, Stadtpräsidentin: Ich mache es natürlich ganz kurz, denn Ulrich Fischer und Rainer Lüscher haben mir eigentlich schon alles an lobenden Worten vorweggenommen, was ich auch einbringen wollte. Ich merke, dass sie das schon so gut gemacht haben, dass ich dem gar nicht mehr viel beifügen möchte. Ich möchte für die gute Aufnahme des Geschäftes danken und vor allem auch für das Verständnis für die geleistete Arbeit und den Wert davon,

dass diese Arbeit eben intern gemacht werden kann und nicht extern vergeben werden muss. Ich verspreche Ihnen, dass ich diesen drei Projektleiterinnen das Lob 1:1 weitergeben werde. Ich habe festgestellt, dass man alle drei aus verschiedenen Projektarbeiten kennt und man findet, dass alle drei Frauen gute Arbeit leisten. Dieses Lob gebe ich also sehr gerne weiter. Herzlichen Dank nochmals für die gute Aufnahme des Geschäftes.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Die bis zum 30. Juni 2015 befristeten 150 Stellenprozente der Sektion Hochbau werden in unbefristete Stellenprozente umgewandelt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

93. Kreditabrechnung Alterssiedlung Herosé, Zustandsanalyse und Machbarkeitsstudie

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Mit Datum vom 13. Oktober 2014 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Alterssiedlung Herosé, Zustandsanalyse und Machbarkeitsstudie". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von Fr. 100'000.00 mit Bruttoanlagekosten von Fr. 97'613.25 ab. Es resultiert somit eine Kreditunterschreitung von Fr. 2'386.75 oder 2,39 %.

Die Kreditabrechnung lag der FGPK an der Sitzung vom 25. November 2014 zur Prüfung vor. Sie empfiehlt einstimmig die Annahme der Abrechnung und verzichtet auf ein Kommissionsreferat. Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat genehmigt die Kreditabrechnung "Alterssiedlung Herosé, Zustandsanalyse und Machbarkeitsstudie".

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

94. Kreditabrechnung Gemeinschaftszentrum Telli, Realisierung

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Mit Datum vom 13. Oktober 2014 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Gemeinschaftszentrum Telli, Realisierung". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von Fr. 5'020'600.00 mit Bruttoanlagekosten von Fr. 5'100'375.05 ab. Es resultiert somit eine Kreditüberschreitung von Fr. 79'775.05 oder 1,59 %.

Die Kreditabrechnung lag der FGPK an der Sitzung vom 25. November 2014 zur Prüfung vor. Sie empfiehlt einstimmig die Annahme der Abrechnung und verzichtet auf ein Kommissionsreferat. Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat genehmigt die Kreditabrechnung "Gemeinschaftszentrum Telli, Realisierung".

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

Danièle Zatti Kuhn, Präsidentin: Das war unser letztes offizielles Traktandum für die heutige Sitzung. Wir kommen jetzt noch zu zwei Verabschiedungen. Mit Schreiben vom 28. Oktober 2014 hat Christian Dubs verlauten lassen, dass er nur noch bis zum Jahresende im Einwohnerrat verbleiben möchte. "Ich bin mir bewusst, dass ich damit vor allem bei der linken Ratshälfte ein riesiges Tränenmeer auslösen werde, aber es muss sein!", schreibt er. Und das sagt auch schon relativ viel über ihn aus. Er ist bekannt für seine pointierten Aussagen, die nicht selten über den Röstigraben auf die andere Seite des Rates gerichtet gewesen sind. Sein grosses Anliegen war die Finanzpolitik der Stadt, dass nämlich nicht mehr ausgegeben als eingenommen wird und damit zu Lasten künftiger Generationen Schulden gemacht werden. Er hat in seiner Amtszeit seit dem 1. Januar 2008 eine Anfrage zur Asylunterkunft an der Weltistrasse eingereicht. Gewirkt hat er also mehr im Hintergrund. Und was viele nicht wissen, vielleicht nicht mal er selbst: In seinem Innersten ist er ein richtiger Grüner. Er ist der einzige in der ganzen Stadt, der eine Harley ohne Motor hat. Trampen muss er nämlich selber. Dafür wird er künftig sicher mehr Zeit haben und schöne Ausfahrten über die Jurahügel machen können. Dafür wünschen wir ihm alles Gute. Ich überreiche ihm gerne den obligaten Brieföffner.

Mit Schreiben vom 11. November 2014 hat Therese Dietiker mitgeteilt, dass sie weiterziehen und sich im neuen Jahr wieder vermehrt der kantonalen Politik widmen will. Deshalb hat sie mit einem weinenden und einem lachenden Auge den Rücktritt aus dem Einwohnerrat per 31. Dezember 2014 bekannt gegeben. Sie schreibt, dass durch die Teilnahme an der städtischen Politik für sie der Wohnort Aarau zur Heimat geworden sei. Bei diesem Abschied hat sie ein weinendes Auge, weil noch viele Prozesse anstehen, die sie gerne mitgestalten würde. Das andere lacht, weil sie das Gefühl hat, dass wir uns in letzter Zeit im Einwohnerrat in kleinliche Diskussionen eingelassen haben, welche für sie nicht zu ihrer Stadt passen. Sie hofft, dass sich das wieder ändert und sich die Aarauer Politik wieder mehr einer gestaltenden denn einer behindernden Rolle widmet. Therese Dietiker war seit dem 1. Januar 2006 im Einwohnerrat und von Anfang an bis zur Auflösung Ende 2013 in der Sachkommission. Ausserdem hat sie die Sachkommission 2012/13 präsidiert. Ihr sind diese Kommission und ihre Arbeit immer sehr wichtig gewesen und die Abschaffung war für sie nicht ganz verständlich. So hat sie uns Mitgliedern zum Schlussessen eine Nelke mitgebracht. Sie hat in ihrer Amtszeit 7 Anfragen, 3 Motionen und 3 Postulate eingereicht. Ihre Themen waren vor allem im Bereich Schule/Tagesbetreuung, Verkehr und Umwelt angesiedelt. Ein wichtiges Anliegen war ihr die Veloverbindung Rohr - Aarau. Dazu hat sie bereits 2009 eine Motion eingereicht, und auch ihre letzte Anfrage war zu diesem Thema. Im letzten Jahr ist sie auch noch Stimmenzählerin geworden und ich weiss, dass dies nicht ganz freiwillig passiert ist. Sie hat aber auch dieses nicht ganz einfache Amt - es ist nämlich wirklich schwierig zu zählen, da sich die Personen bewegen und die Kleinen hinten sitzen und von den Grossen verdeckt werden und es wechselnde Mehrheiten gibt - mit grossem Engagement ausgeübt. Mit Therese verlässt uns eine sehr engagierte Einwohnerrätin. Vielen Dank für den grossen Einsatz und alles Gute auf dem weiteren privaten, beruflichen und politischen Weg.

Somit sind wir am Ende der Sitzung angelangt. Es sind nun alle ganz herzlich zum Apéro im Naturama eingeladen. Dort wird uns der Direktor eine kurze Einführung geben. Danach kommen noch zwei Überraschungsgäste, welche schon hierhin kommen wollten. Aber wir haben ihnen dann sagen müssen, dass dies aus ordnungspolitischen Gründen leider nicht gehe. Ich hoffe, dass Sie alle noch kommen und wir auf den Jahresausklang anstossen können.

Schluss der Sitzung: 21.10 Uhr

EINWOHNERRAT AARAU
Die Präsidentin:

Danièle Zatti Kuhn

Der Protokollführer:

Stefan Berner